

aktuelle analysen | 83



Hanns
Seidel
Stiftung

Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde

75 Jahre Kriegsende und 70 Jahre Charta
der deutschen Heimatvertriebenen

Susanne Schmid (Hrsg.)

Susanne Schmid (Hrsg.)

Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde

75 Jahre Kriegsende und 70 Jahre Charta
der deutschen Heimatvertriebenen

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Vor 75 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. In den Folgejahren wurden etwa 14 Millionen Deutsche und deutschsprachige Bewohner der Staaten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa aus ihrer Heimat vertrieben. Sie fanden unter großen Schwierigkeiten in Deutschland eine neue Heimat. Eine wichtige Etappe auf dem Weg zu ihrer Integration und zur Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten war die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Am 5. August 1950 – nur fünf Jahre nach Kriegsende – wurde sie in Stuttgart unterzeichnet. In dieser Erklärung verzichteten die Heimatvertriebenen auf „Rache und Vergeltung“, unterstützen „die Schaffung eines geeinten Europas“, in dem „die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“, und bekennen sich zur „Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“.

Die Charta ist ein beeindruckendes Zeugnis humanitärer Gesinnung und Lernfähigkeit. Nicht Revanchedenken und Bedrücktheit bestimmen die Charta, sondern der Glaube an die Zukunft, an Frieden, Versöhnung und ein vereintes Europa.

Die Charta ist heute aktueller denn je. Sie endet mit den Worten: „Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.“

Das Thema Flucht und Vertreibung hat einen festen Platz in der bayerischen, deutschen und europäischen Erinnerungskultur. Die Heimatvertriebenen haben mit ihrer Lebenserfahrung und ihren Kenntnissen wesentlich zur Erfolgsgeschichte Bayerns beigetragen. Diese Leistung wird nicht vergessen werden.

///

Inhalt

Vorwort	2
■ Markus Ferber	
 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen	6
Einführung	
■ Susanne Schmid	
 Eine singuläre Integrationsgeschichte	10
Die deutschen Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit	
■ Manfred Kittel	
 Charta der Versöhnung, des Verzichts und der Vernunft	24
Die Antwort der deutschen Heimatvertriebenen auf Flucht und Vertreibung	
■ Bernd Fabritius	
 Sudetendeutsche als Motor	36
75 Jahre nach der Vertreibung	
■ Bernd Posselt	

Schuld – Vergebung – Integration 48

Katholische Kirche und Vertriebene

■ Rainer Bendel

**Die Gedenk- und Erinnerungskultur vor
neuen Herausforderungen** 62

■ Interview mit Raimund Paleczek

Wir Eghalanda Gmoi z' Geretsried e.V. 70

Der Vertriebenenverband aus Egerland – eine starke Gemeinschaft

■ Helmut Hahn

Kein Thema von gestern 78

Warum das Schicksal der Vertriebenen in den Unterricht gehört

■ Sylvia Stierstorfer

Aus der Charta für Europa lernen 88

Wie die Hanns-Seidel-Stiftung zu Verständigung
und Aussöhnung beiträgt

■ Markus Ferber



Dr. Susanne Schmid

ist Leiterin des Referats Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Einführung

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Am 5. August 1950 – nur fünf Jahre nach Kriegsende – wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart unterzeichnet. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben sich darin für Versöhnung, Frieden und für ein vereintes Europa ausgesprochen. Die Charta ist ein herausragendes Zeichen der Menschlichkeit und Lernfähigkeit – ein Beispiel, das wir heute so dringend benötigen wie damals.

Mit dieser Veröffentlichung wollen wir der Frage nachgehen, wie aus Flucht und Vertreibung Integration und Aussöhnung wurde. Am Ende des Zweiten Weltkrieges verloren 14 Millionen Deutsche in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zwangsweise ihre Heimat. Dennoch haben sie sich 1950 mit Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen bewusst für Versöhnung, Frieden, Wiederaufbau und ein geeintes Europa ausgesprochen. Sie haben unermessliches Leid erfahren und dennoch die Hand zur Versöhnung gereicht. Was hat sie zu diesem Schritt bewogen? Welche Rolle spielte hierbei die Charta und welchen Anteil hatte die Kirche? Was bedeutet „Heimat“ und was macht der Heimatverlust mit einem Menschen? Wie bewahren die Heimatvertriebenen und ihre Familien ihre Erinnerungen, ihr Brauchtum und ihre Sprache? Wie hält man Gedenk- und Erinnerungskultur lebendig? Wie wurde die Integration der Heimatvertriebenen in Deutschland und Bayern zur Erfolgsgeschichte? Gibt es Parallelen zur Flüchtlingssituation 2015? Was können wir aus der Charta über Völkerverständigung und ein geeintes Europa lernen?

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen lehrt, wie aus Vertreibung Versöhnung werden kann.

Mit all diesen Fragen befassen sich im Folgenden unsere Autorinnen und Autoren, die fast alle familiären Vertriebenenhintergrund aufweisen.

Der Historiker **Prof. Dr. Manfred Kittel** macht in seinem Beitrag deutlich, dass sich die Flüchtlingssituation 1945 erheblich von der von 2015 unterscheidet. Für ihn ist die gelungene Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen eine „singuläre Integrationsgeschichte“. Vier Faktoren förderten damals die Integration: die dezentrale Ansiedlung, das Koalitionsverbot gegen politische Vereinigungen der Heimatvertriebenen, die Verhinderung von sogenannten Flüchtlingswahlkreisen sowie die Hoffnung auf Rückkehr.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), **Dr. Bernd Fabritius**, befasst sich ausführlich mit der Vorgeschichte der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Er analysiert, was die Charta 1950 für die Millionen Vertriebenen bedeutete und woraus sich ihre zeitlose Aktualität speist. Er bezeichnet die Charta als „wirkmächtige Leitlinie der Zukunft“.

Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, erzählt die Geschichte der Sudetendeutschen in Tschechien und gewährt dabei Einblicke in das Vertriebenenschicksal seiner Familie. Für die Integration der Heimatvertriebenen war es von großer Bedeutung, dass Bayern 1954 die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe übernommen hat. Heute sind die Sudetendeutschen ein wichtiges Bindeglied in den deutsch-tschechischen Beziehungen und ein „Motor“ im Bemühen um ein geeintes Europa.

Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, **Rainer Bendel**, befasst sich in seinem Beitrag „Schuld – Vergebung – Integration“ mit den Antworten der Katholischen Kirche auf das Thema Vertreibung. Anhand von drei Beispielen zeigt er auf, wie früh und offen das Thema Schuld und Konsequenzen in der kirchlichen Seelsorge thematisiert wurde. Überdies informiert er über die zentralen Aufgaben und Tätigkeitsfelder der kirchlichen Vertriebenenarbeit sowie über die dafür geschaffenen Strukturen und Organisationen.

Wie kann die Erinnerung an historische Ereignisse wachgehalten werden, wenn es bald keine Zeitzeugen mehr gibt? **Raimund Paleczek**, der Vorsitzende des Sudetendeutschen Instituts, spricht in unserem Interview über die neuen Herausforderungen, vor denen die Gedenk- und Erinnerungskultur steht. Um die Erinnerung zu pflegen und an die Nachgeborenen zu vermitteln, benötigt man Institutionen wie das Sudetendeutsche Institut und das Sudetendeutsche Museum. Beide Erinnerungsstätten werden von Paleczek näher vorgestellt.

Die Egerländer haben in Geretsried eine neue Heimat gefunden und pflegen bis heute ihr Brauchtum und ihre Mundart, um sie von Generation zu Generation weiterzugeben. **Helmut Hahn**, 1. Vorstand der Eghalanda Gmoi (Egerländer Gemeinde) z' Geretsried e. V. berichtet über die Gründung, die Aktivitäten und die internationalen Partnerschaften des Vertriebenenverbands von 1951 bis heute.

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, **Sylvia Stierstorfer**, MdL, unterstreicht, dass kaum ein anderes Ereignis so großen Einfluss auf die Identitätsbildung gehabt hat, wie die Vertreibung von Millionen Deutschen. Sie hat die Geschichte unzähliger Familien neu geschrieben und das Gesicht Bayerns nachhaltig verändert. Deshalb sollte jeder darüber Bescheid wissen und darum gehört das Thema künftig verbindlich in den Schulunterricht.

Der Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, **Markus Ferber**, MdEP zeigt auf, in wie vielfältiger Weise die Stiftung zu Verständigung und Aussöhnung in Mitteleuropa beiträgt. Überdies analysiert er, was man aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen für die heutige europäische Integration lernen kann. Sein Resümee: Europa ist ein großes Versöhnungsprojekt. 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges bleibt es eine zentrale Aufgabe, den Frieden zu sichern und zu fördern. Ein demokratisches, handlungsfähiges und starkes Europa gelingt nur, wenn es seinen Grundwerten treu bleibt, aus der Vergangenheit lernt und mutig voranschreitet.

Mit dieser Veröffentlichung wollen wir die Erinnerung an 75 Jahre Flucht und Vertreibung wachhalten. Die Charta der Deutschen Heimatvertriebenen lehrt uns dabei, wie aus Vertreibung Versöhnung werden kann. Die Charta ist ein herausragendes Zeichen der Humanität und Lernfähigkeit – ein Beispiel, das wir heute so dringend brauchen wie damals.

Wir wünschen eine informative Lektüre!

///

Die vorliegende Publikation gründet auf einer Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL am 6. Juli 2020 zum Thema: „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – 75 Jahre Flucht und Vertreibung“. Die Podiumsgäste waren Prof. Dr. Manfred Kittel, Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik, Sylvia Stierstorfer und Andreas Bachmann (Moderation). Das digitale Geleitwort des Stiftungsvorsitzenden Markus Ferber und der Mitschnitt der Fachtagung sind abrufbar unter https://www.youtube.com/watch?v=Rw9jytBG5y4&feature=emb_logo (Geleitwort) und <https://www.youtube.com/watch?v=IXrGQPNBkmg&feature=youtu.be> (Tagungsmitchnitt).



Prof. Dr. Manfred Kittel

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte
an der Universität Regensburg und war von
2009 bis 2014 Gründungsdirektor der Bundesstiftung
Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin.

/// Die deutschen Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit

Eine singuläre Integrationsgeschichte

Flucht und Vertreibung der Deutschen um 1945 und ihre gelungene Integration in der Bundesrepublik sind im Gefolge der großen Migrationskrise 2015 des Öfteren als Präzedenzfall herangezogen worden. Wie vordergründig dies ist sowohl im Blick auf Ursachen als auch Folgen eines in vielem einzigartigen historischen Geschehens, zeigt der Beitrag auf.¹

Einer der wenigen Überlebenden des Untergangs der Wilhelm Gustloff, heute 94 Jahre alt, hat zum 75. Jahrestag der Schiffskatastrophe im Januar 2020 ein Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegeben. Der Tod von fast 10.000 Flüchtlingen in der eisigen Ostsee hat diesen Mann ein Leben lang beschäftigt. Von einem Rettungsfloß aus hatte er mit ansehen müssen, wie sich das Heck der Gustloff zum Schluss aufrichtete, die komplette Beleuchtung – wie von Geisterhand – noch einmal ansprang und schließlich ein furchtbarer Schrei über das Wasser schallte. „Den Schrei der Tausenden“, die daraufhin ums Leben kamen, hört der alte Mann bis heute.

Und seit den neuen Migrationsdramen des Jahres 2015 macht er sich wieder besonders viele Sorgen. Sorgen, weil er den Umgang mit Migranten damals, ab 2015, damit vergleicht, wie die Deutschen nach 1945 mit den Überlebenden der Gustloff und mit weiteren 10 Mio. Heimatvertriebenen aus dem Osten umgegangen sind. „Wir sind nicht sehr solidarisch“, so der Eindruck

Vor 75 Jahren starben fast 10.000 Flüchtlinge aus dem Osten bei einer Schiffskatastrophe.

des 94-Jährigen. Deshalb wisse er, was passiere, wenn sich zu viele Menschen zu uns auf den Weg machen würden. Dann, so sagt er, könnten „die Bänder der Gesellschaft bei uns zerreißen“. Davor hat er Angst. Ich kann diese Angst verstehen, vor allem auch die Sorge, ob unsere Demokratie in Deutschland und Europa das aushalten würde.

Unterschiede zwischen 1945 und 2015

Die Sache mit der Solidarität der Aufnahmegesellschaft kann man allerdings auch etwas weniger kritisch sehen als der Überlebende der Gustloff. Wenn es nach 1945 tatsächlich überhaupt keine Solidarität der Einheimischen mit den zwangszugewanderten Landsleuten gegeben hätte, wäre die Integration jedenfalls aus dem Ruder gelaufen. Und dennoch habe ich meine Zweifel, ob man *unsere* Erfahrungen mit der Aufnahme von 10 Mio. Menschen aus dem deutschsprachigen Kulturraum im Osten nach 1945 im Kern wirklich mit dem vergleichen kann, was – potenziell – die Aufnahme von 10 Mio. Migranten innerhalb weniger Jahre heute, etwa aus dem arabisch-afrikanischen Raum, bedeuten würde.

Die Flüchtlingssituation 1945 unterscheidet sich erheblich von der heutigen.

Konstellationen und Kontexte der deutschen Vertriebenenintegration nach 1945 waren dafür viel zu besonders. Schon wenn man bedenkt, dass das Ganze in der Folge eines singulären Zivilisationsbruchs im Kontext des Nazi-Krieges stattfand. War nicht bereits die Aufnahme von Millionen deutscher Vertriebenen so herausfordernd, so konfliktreich, dass dies eben alles andere als einen Präzedenzfall für sogar noch viel schwierigere Integrationsprozesse heute oder morgen liefern kann? Und werden die Parallelen zur Lage nach 1945 nicht desto schwächer, je größer die kulturellen und mentalen Unterschiede zwischen Aufnahmegesellschaft und Migranten sind?

Was dabei auch gerne vergessen wird: Die große Mehrheit der deutschen Heimatvertriebenen, die ab 1944/45 zwischen Bayern und Schleswig-Holstein ankam, hatte bereits lange vorher die deutsche Staatsbürgerschaft besessen – die Ostpreußen und die Pommern, die Schlesier und die Ostbrandenburger, aber auch die Sudetendeutschen zumindest seit 1938. Da ging es also schon von vornherein nicht um komplizierte Fragen wie Asylrecht oder subsidiären Schutz oder dergleichen. Nein, ganz im Gegenteil, die westlichen Besatzungszonen, die SBZ sowieso, waren zur Aufnahme dieser Millionen gleichsam verdammt, gezwungen spätestens seit den Vertreibungsbeschlüssen der Siegermächte in Potsdam 1945 und der Politik, die darauf fußte.

Die singulären Vertreibungsbeschlüsse von Potsdam

Auch die Potsdamer Beschlüsse selbst hatten singulären Charakter. Es gibt in der Geschichte der sog. „modernen“ Vertreibungen kein zweites Dokument, das eine Gewaltmigration derartigen Ausmaßes einseitig verfügt hätte wie das Protokoll dieser Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945. Im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls vereinbarten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges explizit eine sog. „ordnungsgemäße Überführung“ der noch in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen. Und mit dem Wort „Polen“ waren dabei faktisch auch schon die jahrhundertealten Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße gemeint, obwohl sie eigentlich zunächst größtenteils nur unter Warschauer Verwaltung gestellt worden waren.

Wie singulär dieser Vertreibungsakt war, zeigt schon der Blick auf die nackten Zahlen: 12, 14, 15 Mio. Menschen, je nachdem, wie man rechnet. Halbwegs zu vergleichen ist das Ganze in der Dimension des Geschehens allenfalls mit den großen Vertreibungen auf dem indischen Subkontinent nach dem Abzug der britischen Kolonialmacht, im Zuge der Partition of India, der Teilung in ein mehrheitlich hinduistisches Indien und ein muslimisches Pakistan in den Jahren ab 1947. Der wichtigste Unterschied besteht allerdings darin, dass die „ethnischen Säuberungen“ im Süden Asiens ihre Dynamik nicht „von oben“ entfaltet hatten, sondern „von unten“. Die neuen Staatsmänner Indiens und Pakistans, Nehru und Jinnah, hatten selbst nicht systematisch auf einen „Bevölkerungstransfer“ hingearbeitet. Die 10 bis 15 Mio. Vertriebenen gehörten in diesem Fall außerdem nicht nur einer einzigen, sondern gleich 3 verschiedenen Opfergruppen an: Hindus, Muslime, Sikhs.

Die Ostvertreibung war selbst mit den sog. ethnischen Säuberungen in Indien 1947 nur bedingt zu vergleichen.

Anders die Potsdamer Vertreibungsbeschlüsse 1945. Sie betrafen nur eine Gruppe, also die Deutschsprachigen, und sie waren sehr viel mehr das Resultat zentralen staatlichen Handelns – mit einer langen, langen Vorgeschichte in ethnischen Säuberungspolitikern seit den Balkankriegen 1912, im rassenideologischen Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen den Osten, in den sog. ethnischen „Flurbereinigungen“ Hitlers, aber auch Stalins, in Vertreibungsphantasien der Exilregierungen ostmitteleuropäischer Staaten in London, im Expansionswillen des roten Russlands, und schließlich – leider eben auch – in der fatalen Überzeugung seitens der demokratischen Westmächte, die leidigen Minderheitenprobleme der Zwischenkriegszeit qua Vertreibung ein für allemal aus der Welt schaffen zu können.

Auf die singuläre Geschichte der großen Vertreibung folgte eine einzigartige, eine höchst spezielle Geschichte der Integration. Dafür sehe ich im Wesentlichen vier Gründe, vier große Weichenstellungen, und zwar bereits vor der Gründung des westdeutschen Teilstaates 1949.

Erstens und ganz grundlegend: Der eben nicht einfach schicksalhaft-alternativlose Umstand, dass die deutschen Ostvertriebenen im Westen maximal zerstreut angesiedelt wurden – unter weitgehendem Verlust ihrer Beziehungsstrukturen am früheren Wohnort.

Zweitens das Koalitionsverbot gegen politische Vereinigungen der Heimatvertriebenen (bis 1949/50).

Drittens die Entscheidung des Parlamentarischen Rates gegen einen Antrag von CDU und CSU, bei den ersten Bundestagswahlen 1949 sogenannte Flüchtlingswahlkreise zu bilden.

Eine weitere Weichenstellung bedeutete es, viertens, sicher auch, dass sich rasch ein parteipolitischer Konsens herausgebildet hat, die Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat erst einmal nicht als absolut endgültig zu betrachten, sondern die Option Rückkehr im Auge zu behalten, wenn auch, seit der Stuttgarter Charta 1950 explizit, nur mit friedlichen Mitteln. Was danach kam, einschließlich Lastenausgleich, war so gesehen lange ein Integrationsprozess mit angezogener Handbremse.

Zerstreuung und Koalitionsverbot

Um kollektiven Protest zu unterbinden, wurden die Betroffenen gezielt auseinandergerissen.

Der zerstreuten Ansiedlung lag die bekannte Strategie der Siegermächte zugrunde, die Vertriebenen möglichst „rückstandsfrei“ in die restdeutsche Gesellschaft einzuschmelzen. Je weniger persönliche Beziehungen es vor Ort zwischen den Ostdeutschen gab, desto schwerer konnten sich kollektive Protestformen dieser neuen Underdogs bilden. Nicht nur die Stadt- und Ortsgemeinschaften, selbst Familien hat man auf diese Weise gezielt auseinandergerissen. Ergebnis des Ganzen war, dass etwa die Bewohner eines früheren 2000-Einwohner-Dorfes im Osten 1947 im Westen in sage und schreibe 158 verschiedenen Orten verstreut lebten.

Sicher, nach dem, was von deutscher Seite in der NS-Zeit angerichtet worden war, wird man den Alliierten kaum einen großen moralischen Vorwurf machen können, dass sie so agierten. Sie wollten einfach nichts unversucht lassen, um auch nur potenzielle Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in ihren Besatzungszonen möglichst zu minimieren. Es ist aber auch richtig, dass für die politische Kraft und für die kulturelle Identitätswahrung der Vertriebenen ihre tendenzielle Atomisierung in der westdeutschen Gesamtgesellschaft ausgesprochen nachteilig war – ganz zu schweigen von der menschlichen Dimension. Wer die Strukturen in einer klassischen Vertriebenengemeinde wie Waldkraiburg oder Neugablonz einmal aus nächster Nähe erlebt hat, der ahnt, was es bedeutet hätte, wenn es nicht nur ein paar Handvoll solcher Siedlungen in der Bundesrepublik gegeben hätte, sondern vielleicht viele Tausend – nicht zuletzt für die Bewahrung der wundervollen ostdeutschen Dialekte, die zumindest im Alltag heute praktisch alle ausgestorben sind.

Durch die Zerstreuung wollte man potenzielle Gefahren für die öffentliche Sicherheit abwenden.

Ähnlichen Zwecken wie der Zerstreuung diente das Koalitionsverbot. Die Besatzungsmächte hatten es gegen die Vertriebenen verhängt, weil sie nicht wollten, dass die Ostdeutschen eigene Verbände gründeten. Amerikaner wie Briten fürchteten, dass ohne ein Koalitionsverbot die soziale Polarisierung zwischen Einheimischen und Zwangszugewanderten – der Kampf um Lebensmittel, um knappen Wohnraum, um Arbeitsplätze – unmittelbar auf die politische Ebene durchschlagen könnte. Der Aufbau der neuen Demokratie sollte aber auf keinen Fall durch politisierende Vertriebenenverbände belastet werden.

Allerdings wurde ausgerechnet das Vereinigungsverbot dann selbst zu einer Hypothek auf dem Weg der Demokratisierung. Es zeigte sich nämlich rasch, dass in den lizenzierten Parteien einheimischer Prägung die Ostdeutschen oft einen ziemlich schweren Stand hatten, dass sie nicht zuletzt bei der Aufstellung von Wahllisten des Öfteren benachteiligt wurden. In den ersten Landtagen, aber auch noch im Parlamentarischen Rat waren die Ostvertriebenen demzufolge klar unterrepräsentiert. Im Parlamentarischen Rat etwa saßen, je nach Zählweise, gerade einmal 2 oder 3 von 70.

Politiker von CDU und CSU sahen in diesem Übelstand seit Herbst 1948 sehr zu Recht den Keim einer eigenen Partei der Ostdeutschen heranreifen.

Die verhinderten Flüchtlingswahlkreise und der BHE

Ihre Antwort darauf: Die Einführung sogenannter „Flüchtlingswahlkreise“ neben den normalen Wahlkreisen bei den ersten Bundestagswahlen 1949. Nach diesem Modell, von CDU / CSU im Parlamentarischen Rat im Mai 1949 offiziell vorgeschlagen, wären die Flüchtlingswahlkreise vom Gebietsumfang her größer gewesen als die „normalen“. Sie hätten, weil dort nur die Vertriebenen aktives und passives Wahlrecht gehabt hätten, definitiv zu einer dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechenden Vertretung im Bundestag geführt. Von Unionsseite wurde auch mehrfach klargestellt, dass diese Flüchtlingswahlkreise nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollten. Aber selbst das hat eine etwas seltsame Mehrheit aus SPD, FDP und KPD verhindert – vor allem mit verfassungspolitischen Argumenten. Im Kern indes steckten dahinter natürlich vor allem auch parteipolitische Machtkalküle.

Flüchtlingswahlkreise hätten für eine prozentual bessere Vertretung der Vertriebenen im Bundestag gesorgt.

Eigene Flüchtlingswahlkreise anno 1949! Das hätte bedeutet, dass es dann nicht dem Zufall überlassen geblieben wäre, ob die heimatvertriebene Minderheit wenigstens ihrem echten prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend im Parlament vertreten sein würde. Die Neubürger aus dem deutschen Osten machten bundesweit ca. 16 % aus, zunächst, bald auch noch etwas mehr, an die 20 %. Immerhin, aber eben stets nur eine gesellschaftliche Minderheit. Nicht nur im Parlamentarischen Rat anfangs, sondern auch dauerhaft sollten sie dann relativ wenige Abgeordnete stellen: im Bundestag im Schnitt nicht mehr als circa 10 und eben nicht 20 %. Das hatte Folgen für ihre politische Präsenz und ihr Durchsetzungsvermögen.

Die Weichenstellung gegen eigene Flüchtlingswahlkreise lief letztlich darauf hinaus, eine Sondergesetzgebung im Vertriebenenbereich, die das Koalitionsverbot zweifellos eingeleitet hatte, jetzt plötzlich wieder zu stoppen – und zwar ganz offensichtlich zu Ungunsten der Ostdeutschen. Es war kein Wunder, dass genau an diesem Punkt die eigentliche Geburtsstunde des BHE zu verorten ist, des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Das Problem der Vertriebenenpartei BHE bestand allerdings von Anfang an darin, dass sich viele politisch engagierte Ostdeutsche, und zwar nicht die schlechtesten, zu dieser Zeit längst auf eine der lizenzierten Parteien – CDU, CSU, SPD, FDP – festgelegt hatten. Das war auch einer der Hauptgründe, weshalb der BHE den Fehler machte, sich nicht als glasklar sozialpolitische Interessenvertretung der Ostdeutschen zu profilieren, sondern als allgemeine nationale Rechtspartei für alle – auch für die Einheimischen. Eine derartige Omnibus-Strategie war aber hinsichtlich der Durchsetzung einer reinen Vertriebenen-Sozialagenda vollständig kontraproduktiv.



Die CSU bewirbt auf ihrem Wahlplakat von 1949 gezielt die Heimatvertriebenen.

Späte BdV-Gründung und Rückkehroption

Es kam erschwerend hinzu, dass ein Vertriebeneneinheitsverband, der BdV, erst spät Ende der 1950er-Jahre gegründet werden konnte. Bis dahin herrschte allzu lange ein ziemlich wilder Dualismus zwischen dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen auf der einen Seite und dem Dachverband der Landsmannschaften auf der anderen. Von einem „Eisernen Vorhang“ zwischen beiden Richtungen war zeitweilig sogar die Rede. Die einen wollten im Hier und Jetzt eine vor allem sozialpolitisch ausgerichtete Vertriebenengewerkschaft sein, die anderen kümmerten sich in erster Linie um die Ostpolitik und um eine mögliche Rückkehr in die alte Heimat.

Es war lange Konsens, die Ostgrenzen nicht als endgültig zu akzeptieren.

Sie konnten das freilich auch umso überzeugter auf der Basis einer von allen demokratischen Parteien in Bonn gemeinsam vorgenommenen Weichenstellung: die Ostgrenzen erst einmal nicht als endgültig zu akzeptieren. Aus heutiger Sicht wird das gemeinhin als große Illusion in den Zeiten des Kalten Krieges bestenfalls belächelt. Damals aber, und auch das sollte man nicht ganz übersehen, half die Hoffnung auf Rückkehr auch über so manche Zumutung während des frühen Integrationsprozesses hinweg, nicht zuletzt über die vielen Gesten der Ablehnung seitens der Einheimischen. Erinnert sei hier nur an den verbreiteten Einheimischen-Spruch von den drei größten Übeln der Nachkriegszeit: Wildschweine, Kartoffelkäfer und – die Flüchtlinge aus dem Osten.

Lastenausgleich und Wirtschaftswunder

Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, waren die großen Weichen der Vertriebenenintegration also längst gestellt. Das Wichtigste, was noch hinzukam, war das Gesetz über den Lastenausgleich von 1952. Sein eigentliches Verdienst war meines Erachtens ein psychologisches. Dieser Prototyp eines „Soli“ hat den vielen Millionen Vertriebenen nämlich gezeigt, dass der neue demokratische Staat *auch für sie* da ist, dass er etwas für sie tut, fast 150 Mrd. Mark immerhin im Lauf der Jahrzehnte. Und gerade auch Leistungen, die gar nicht so einen großen Teil der Gesamtsumme ausmachten, Ausbildungsförderung qua Lastenausgleich zum Beispiel, waren im Ziel besonders wirkungsvoll.

Das Gesetz über den Lastenausgleich war vor allem psychologisch wichtig.

Nur: Was ursprünglich im Mittelpunkt hätte stehen sollen, die Entschädigung für verlorenes Grund- und Betriebsvermögen, fiel letztendlich ziemlich bescheiden aus. Nicht mehr als 20 % des wirklichen Verlusts wurden im Durchschnitt abgegolten. Deshalb kam kaum die Hälfte des alten ostdeutschen Mittelstands, des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstands zumal, im Westen wieder auf die Beine. Eine Tragödie, die in rosaroten Erfolgsbilanzen oft etwas ausgeklammert wird.

Zur historischen Realität gehört dabei auch, dass die Präambel des Lastenausgleichsgesetzes 1952 zwar verheißen hatte, die Leistungen den „volkswirtschaftlichen Möglichkeiten“ anzupassen, dass dieses Ziel aber dann bei weitem nicht erreicht wurde. Sonst hätte der Lastenausgleich dem Volumen nach zwei- oder dreimal größer ausfallen können und müssen. In meinem neuen Buch zur Geschichte des Lastenausgleichs habe ich darauf mit Nachdruck aufmerksam gemacht.²

Generell ist und bleibt trotz aller Fragezeichen eines im Endergebnis aber auch weiterhin völlig richtig: Die Integration der Heimatvertriebenen gehört mitten hinein in die große Erfolgsgeschichte der zweiten deutschen Demokratie. Letztlich integrationsentscheidend war nur nicht der Lastenausgleich oder das Bundesvertriebenengesetz oder sonstige Einzelmaßnahmen, sondern etwas ganz anderes: das Wirtschaftswunder als solches. Ohne den ökonomischen Mega-Boom in unserem bedingungslos besiegten und zerstörten Land, in der sehr, sehr speziellen Folge eines totalen Krieges, hätte es ein paralleles Integrationswunder in den 1950er-Jahren so nie und nimmer gegeben. D. h. der Lastenausgleich selbst brauchte gar nicht so groß zu sein, weil es ein noch viel größeres allgemeines Wirtschaftswunder gab – Ludwig Erhard und Konrad Adenauer vor allem sei Dank. Nicht zuletzt auch deshalb war dieser Integrationsprozess ein so besonderer.

Die deutschen Vertriebenen erteilten jedem politischen Radikalismus eine Absage.

Historische Versöhnungsbereitschaft

Wenn man die durchaus gemischten Integrationsbilanzen reflektiert, wirkt es umso erstaunlicher, wie eindeutig und wie früh die deutschen Vertriebenen jedem politischen Radikalismus eine Absage erteilten. Damit bin ich beim letzten Punkt, der in diesem Zusammenhang angesprochen werden sollte: Die Stuttgarter Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom August 1950, 5 Jahre genau nach den Potsdamer Vertreibungsbeschlüssen, ganz bewusst auf diesen Termin angesetzt, proklamiert vor 100.000 Vertriebenen symbolträchtig an der Ruine des Stuttgarter Schlosses: „Wir wollen an einem versöhnten Europa mitwirken und den Teufelskreis von Rache und Vergeltung durchbrechen.“ Das war die Kernbotschaft. Was für ein großes Zeichen! Aus dem Mund von Menschen, die damals ja zum großen Teil buchstäblich noch im Dreck saßen, in schäbigen Flüchtlingsbaracken, in armseiligen Flüchtlingszimmerchen irgendwo im Keller oder auf einem sterbenskalten Dachboden.

Das Hauptanliegen dieser Stuttgarter Charta bestand darin, die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen, also das Recht auf Rückkehr, mit einem feierlichen Gewaltverzicht im europäischen Geist zu verbinden. „Wir Heimatvertriebenen“, so heißt es im Text wörtlich, „verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“

Kritiker der Charta haben bemängelt, dass die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg nicht klarer und nicht deutlicher zur Sprache komme. Ich finde: Das ist eine reichlich akademische Kritik, an einer Opfergruppe, deren zutiefst traumatisierende Erfahrungen maximal 5 Jahre zurücklagen. Man muss sich dabei doch immer wieder klarmachen, dass die Überzeugung, selbst weitgehend schuldlos Opfer geworden zu sein, alles andere als eine Besonderheit der deutschen Heimatvertriebenen war. Die ganze bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft verstand sich damals im Grunde genommen als eine Gesellschaft von Opfern. Fast jeder hatte ja auch tatsächlich Angehörige verloren, ob bei der Vertreibung, an der Front oder durch Fliegerangriffe.

Kann man in dieser frühen Phase wirklich schon eine größere individuelle Bereitschaft erwarten, sich auch intensiver mit den Verbrechen zu befassen, die von deutschen Tätern in unzähligen Fällen selbst leider vorher begangen worden waren? Zweifel sind angebracht, zumal eine staatlich-offizielle Erinnerungskultur, wenn auch noch sehr vorsichtig, schon früh in den 1950er-Jahren in Gang kam. Man lese nur die wichtigen Reden etwa von Theodor Heuss in Bergen-Belsen 1952 oder wenig später von Konrad Adenauer, als es um ein Abkommen zur sogenannten „Wiedergutmachung“ mit Israel und der Jewish Claims Conference ging.

Das Entscheidende aber an der Stuttgarter Charta bleibt der Gewaltverzicht in einem neuen europäischen Geist. In der Folgezeit konnte sich von den ostdeutschen Landsmannschaften eigentlich nur noch bedroht fühlen, wer sich auch unbedingt bedroht fühlen wollte: die nationalkommunistischen Regierungen in Warschau und Prag. Selbst später in der Hitze der Ostvertragsdebatten haben die Vertriebenen die Schwelle zur Gewalt nie auch nur ansatzweise überschritten. Dabei zeigt schon der Blick etwa auf die Nachfolgestaaten Britisch-Indiens oder den palästinensischen Terrorismus, welche Richtungen ein ungelöstes Flüchtlingsproblem eben auch nehmen kann, wenn es an der prinzipiellen Bereitschaft zur Versöhnung mangelt. Insofern lässt sich summa summarum konstatieren: In der Weltgeschichte ist kaum ein Gebietsverlust, noch dazu in dieser Größenordnung, friedlicher und demokratischer bewältigt worden als der des deutschen Ostens durch die Bundesrepublik nach 1949. Auch in dieser Hinsicht war die Vertriebenenintegration in Deutschland ein singuläres Geschehen.

**Klarer Gewaltverzicht
war die Kernaussage
der Stuttgarter Charta.**

Irrtümer einer linkspopulistischen Migrationserzählung

Es gehört deshalb zu den schlechteren Treppenwitzen unserer Nationalhistorie, wenn die höchst spezifische Integration der deutschen Ostvertriebenen ausgerechnet von jenem politischen Lager, das jahrzehntelang kaum ein gutes Haar an den Landsmannschaften gelassen hat, heute instrumentalisiert wird, um weiter an einer postmarxistischen Migrationsvulgata zu basteln: Nach ihr wäre die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte der Migration – und zwar einer die betroffenen Länder selbstverständlich immer und überall stets nur bereichernden Migration. Dabei werden oft einmal so eben die Unterschiede zwischen allgemeiner Wirtschaftsmigration und ethnopolitisch verursachter Gewaltmigration einplaniert, ja manche wie etwa ein Jan Piskorski tun sogar so, als ob selbst inhumane Massenverreibungen als gesellschaftsveränderndes „Salz in der Geschichtssuppe“ zu begrüßen seien. Die Bundesrepublik hätte demzufolge den vertreibenden Staaten für den Zuwachs an gut ausgebildeten Arbeitskräften etc. also auch noch dankbar zu sein! Darüber hinaus ignoriert die modische Migrationserzählung aber vor allem auch die mentalen Verhältnisse, die in der islamischen Welt heute vielfach herrschen und die für gegenwärtige Integrationsprozesse in den westlichen Demokratien noch auf unabsehbare Zeit eine Herausforderung sui generis bedeuten werden.

Migration kann bereichern, aber nur wenn die kulturellen Konflikte mit der Aufnahmegesellschaft nicht überhandnehmen.

Gegen lautstarke Migrations-„Experten“, die sich nach dem unverändert gültigen Befund Hedwig Richters (in der Frankfurter Allgemeinen 2016) von der Realität noch nie stoppen ließen, bleibt demnach festzuhalten: Migration kann ungemein bereichernd sein – und der Fall der deutschen Heimatvertriebenen ist in der Tat eines der besten Beispiele dafür –, aber sie muss es eben keineswegs sein, zumal wenn die Kontexte völlig andere sind, als sie nach 1945 in Deutschland lagen. Dann dient der erbärmlich hinkende Vergleich nur dazu, tiefgreifende Konflikte zu verschleiern, wie sie bei sehr großen kulturellen Unterschieden zwischen Aufnahmegesellschaften und zu integrierenden Gruppen nur allzu oft entstehen. Zugleich wird damit eine Aufnahmefähigkeit von Staaten in Größenordnungen suggeriert, die vor dem Anbruch des Paradieses selbst auf dem Weg einer Erziehungsdiktatur im Ungeist Rousseaus nicht zu erreichen sein dürfte.

Anmerkungen

- ¹ Der Beitrag ist die schriftliche Fassung eines Vortrages, den der Autor auf einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung zum 70. Jahrestag der „Stuttgarter Charta“ in München am 6. Juli 2020 gehalten hat.
- ² Kittel, Manfred: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952-1975), Düsseldorf 2020.



Prof. Dr. Bernd Fabritius

ist Beauftragter der Bundesregierung für
Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
und Präsident des Bundes der Vertriebenen
(BdV), Berlin / Bonn.

/// Die Antwort der deutschen Heimatvertriebenen auf Flucht und Vertreibung

Charta der Versöhnung, des Verzichts und der Vernunft

Fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs traten Vertreter unserer Vorfahren, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, mit einem Paukenschlag an die Öffentlichkeit. Sie legten mit der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ ein Dokument vor, das Bereitschaft zur Verständigung und zum bedingungslosen Verzicht auf Rache festschrieb.

Vieles andere wäre 1950 denkbar gewesen – aber sicher nicht eine Charta mit Grundgesetz-Charakter für die zukünftige Arbeit der Vertriebenen und ihrer Organisationen, ein Dokument der Versöhnungsbereitschaft und des Racheverzichts aus der Feder der Menschen, die erst kurz zuvor ihre Heimat und damit alles verloren hatten. Ein Meilenstein der deutschen Geschichte für Freiheit und Menschenwürde!

**Die Charta war 1950
ein Meilenstein der
deutschen Geschichte.**

„Es gibt keine friedlicheren Vertriebenen als die deutschen Heimatvertriebenen.“ So leitete der damalige bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim Deutschlandtag der Ostpreußen am 23. Juni 2002 in Leipzig seine Ausführungen zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen ein. Weiter setzte er fort: „Gerade deswegen hat die Charta von 1950 bleibende, historische Qualität. Die Charta ist ein Dokument, das einzig in der Welt dasteht.“ Die von Edmund Stoiber angeführte Friedlichkeit der Heimatvertriebenen gründet auf und speist sich in allerhöchstem Maße aus ebendieser Charta.

Abbildung 1: Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950

CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

*Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen,
im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis,
im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker
haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen, nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens
beschlossen, dem Deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine*

feierliche Erklärung

abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europa ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet ihn im Geiste töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das

Recht auf die Heimat

als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des Deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Stuttgart, den 5. August 1950

[illegible]

Heute, im 70. Jahr ihres Bestehens, wird die Charta dank der nachhaltig entfalteten Wirkung von Historikern zu den grundlegenden Dokumenten der Bundesrepublik Deutschland gezählt. „Die Charta ist ein Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland, sie ist eine wesentliche Voraussetzung ihrer vielgerühmten Erfolgsgeschichte“, urteilte vor 10 Jahren der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert anlässlich der Feier zum 60. Jubiläum der Verabschiedung der Charta im Stuttgarter Neuen Schloss. Zum 70. Jubiläum gratulierte jüngst Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Worten, die Charta gelte „völlig zu Recht als Grundgesetz der Heimatvertriebenen, formuliert sie doch umfassende Erwartungen an eine gerechte und gleiche Behandlung aller Menschen in Deutschland und Europa“.

Kaum ein Politiker von Rang und Namen, der sich in den letzten sieben Jahrzehnten nicht lobend, anerkennend und dankbar zur Charta geäußert hätte. Was ist nur dran an diesem 70 Jahre alten Schriftstück, dass es nicht längst in Vergessenheit geraten ist? Woraus speist sich seine zeitlose Aktualität?

Die zeitlose Aktualität der Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Ist es die mit der wachsenden Distanz zum Zweiten Weltkrieg zunehmende Erkenntnis, dass sich Deutschland in der Stunde null im Jahr 1945 in einer Gemengelage wiederfand, aus der sich auch ein ganz anderer Entwicklungsstrang hätte ergeben können? Dass Deutschland heute bei anderem Verlauf der Geschichte auf 75 Jahre zurückblicken würde, die ihren Ursprung in sozialen Unruhen, verursacht durch die Unrechtslage der über 12 Millionen überlebenden Flüchtlinge und Vertriebenen hätte haben können? Was für ein potenzieller sozialer Zündstoff lauerte unter dem dünnen Eis, auf dem sich das gesellschaftliche und politische Leben neu formierte!

Es gilt zu bedenken, dass 15 Mio. Deutsche von Flucht und Vertreibung unmittelbar betroffen waren. Über 2 Mio. von ihnen kamen ums Leben oder blieben bis heute vermisst. Vertreibungen und ethnische Säuberungen – gleichgültig wo, wann und warum – sind immer Unrecht. Sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten völker- und menschenrechtlicher Übereinkünfte. Sie dürfen nirgendwo Teil der bestehenden Rechtsordnung sein. Dies gilt für Deutsche, die am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder flüchten mussten. Dies gilt genauso aber z. B. auch für Polen aus dem damaligen Ostpolen, die aufgrund des Potsdamer Protokolls ihre Heimat verlassen mussten.

Rückblickend betrachtet hätte im Jahr 1945 Vieles falsch laufen können.

Die Rahmenbedingungen für ein gutes Miteinander waren sehr ungünstig.

Natürlich hätten sich die Vertriebenen gewünscht, dass ihnen dieses Leid erspart geblieben wäre. Nachdem diese Menschen – auch in Folge der vorausgegangenen Verbrechen des Nazi-Regimes – Opfer ihres Deutschseins in der eigenen Heimat geworden waren, fristeten sie nun als unwillkommene Landsleute aus dem Osten ein erbärmliches Leben in dem ebenfalls vom Bombenhagel zerstörten Rest Deutschlands. Kurzum, die Rahmenbedingungen für ein gutes Miteinander der Menschen in Deutschland waren denkbar ungünstig: Nahrungsmangel, materielle Not, Arbeitslosigkeit, traumatische Erlebnisse und psychische Ausweglosigkeit bildeten ein bedrohliches Spannungspotenzial. Die Stimmung brodelte, die Lage war explosiv.

Und über allem wie ein sozialpolitisches Damoklesschwert schwebte das Schicksal der Millionen vertriebenen Menschen, deren weit überwiegende Mehrheit liebend gern sofort in die verlorene Heimat zurückgegangen wäre. Die Heimat im Osten verloren, im Westen nur geduldet, aber noch lange nicht „angekommen“, das Verbot der Selbstorganisation und Vernetzung untereinander noch frisch in Erinnerung – das war die Lage 1950.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist ein Dokument ihrer Zeit und muss, bei aller Aktualität, im Verständnis des Zeitgeistes von 1950 gelesen, gedeutet und verstanden werden. Von Anbeginn eint die Heimatvertriebenen die Bereitschaft, auf unsere östlichen Nachbarn zuzugehen, ihnen die Hand zu reichen – so lange, bis sie ergriffen wird und im gegenseitigen Verständnis für die Position des anderen die historischen Versäumnisse der letzten 75 Jahre ausgeräumt werden können.

Die Bedeutung der Charta im Jahr 1950 für die Millionen Vertriebenen

Ist es heute überhaupt noch möglich, die immense Tragweite der Charta und ihrer Proklamation vor 70 Jahren nachzuvollziehen? Heute, wo es uns allen gut geht, wo wir genug zu essen haben, in festen Häusern wohnen, jederzeit bestens informiert sind oder sein können, unsere Liebsten versorgt und in Sicherheit wissen? Erkennen wir heute noch, dass die Charta der Wegweiser an einer bis heute nicht erschöpfend erforschten Gabelung eines Weges war, der unser Land in eine gute, ruhige, von Wohlstand und Fortschritt geprägte Zukunft führen sollte?

Was bedeutete die Charta 1950 für die Millionen Vertriebenen, die in Not und Elend lebten, deren Familien vermisst, dezimiert oder über ganz Deutschland verstreut waren, deren Sehnen und Streben vielfach der verlorenen

Heimat galt? Sprach die Charta ihnen allen aus der Seele oder redete sie mehr der Vernunft denn dem Herzen das Wort? Speist sich die Bedeutung der Charta aus ihrer Entstehungsgeschichte, die ebenfalls als ungewöhnlich zu bezeichnen ist? Der Versuch, eine Kausalkette der Form „deutscher Angriffskrieg – Niederlage und Kriegsende – Flucht und Vertreibung – Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ herbeiführen zu wollen, muss scheitern. Wenn bereits das dritte Glied der Kette, die Flucht und Vertreibung, nicht zwingend schlüssig folgen, sondern im Gegenteil rachebedingte menschenrechtsverletzende Handlungen darstellen, so fällt spätestens das vierte Glied, die Charta der Versöhnung und des Racheverzichts, völlig aus der zu erwartenden Logik heraus. Und dennoch wurde die Charta 1950 verabschiedet. Es erscheint an dieser Stelle notwendig, die Vorgeschichte zu beleuchten.

Ein wichtiger Eckpunkt dabei ist das bereits angesprochene Koalitionsverbot, das den Vertriebenen ab 1946 untersagte, „eigene, unabhängige Fremdlingsverbände zu bilden und so für die Zukunft die Frage neuer Minoritäten heraufzubeschwören“.¹ Obwohl diese Regelung von „den Alliierten“ erlassen wurde und – wenn auch gerade im landsmannschaftlichen Bereich andauernd weicher werdend – bis zu den ersten Bundestagswahlen 1949 bestehen blieb, zeigt sich doch bei näherer Betrachtung, dass sie initiativ mit auf die damals eingesetzten deutschen Provinz-Präsidenten zurückging.² Man war um Mehrheitsverhältnisse besorgt und konnte die Gemengelage gerade dort nicht einschätzen, wo Vertriebene und Flüchtlinge in großer Zahl angekommen waren.

Selbstorganisation und die Vertretung eigener Anliegen müssen jedoch als Grundbedürfnis von Menschen gesehen werden, deren Rechte so eklatant verletzt worden sind wie im Fall der deutschen Heimatvertriebenen. Wird dies untersagt, sind Proteste und Trotzreaktionen zu vermuten. Jedoch reagierten die Vertriebenen so gerade nicht. Wo es gelang, ungeachtet des Verbotes Interessensvertretungen aufzubauen, war deren Tätigkeit überwiegend konstruktiv auf eine gemeinsame Zukunft in Deutschland und Europa ausgerichtet – dabei aber stets deutlich für das Recht auf die Heimat eintretend.

Ein Beispiel hierfür ist die Gründung der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde, die 1946 im Schoße der katholischen Kirche erfolgte und die schon unter ihrem ersten Vorsitzenden, dem ehemaligen tschechoslowakischen Abgeordneten Hans Schütz, auf der Basis des christlichen Glaubens die Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen zum Ziel hatte. Landsmannschaftliche Vertretungen selbst bildeten sich insbesondere in Bayern auf Kreisebene bereits 1948 heraus; erste Landesgruppen folgten 1949.

**Trotz Koalitionsverbot
begannen die Vertriebenen,
sich zu organisieren.**

Die Energien der notleidenden Menschen mussten auf den richtigen Kurs gelenkt werden.

Eichstätter Adventsdeklaration, Detmolder Erklärung und Wiesbadener Abkommen

Bereits in dieser frühen Zeit versuchte man den ob Wohnungs- und Arbeitsnot brachliegenden Energien programmatisch eine zukunftsfähige Richtung zu geben. Aufmerksamkeit erzeugte etwa die „Eichstätter Adventsdeklaration“, die am 30. November 1949 von sudetendeutschen Wissenschaftlern und Politikern verabschiedet wurde, darunter etliche Abgeordnete des ersten Deutschen Bundestages. Darin klingen die Grundsätze der Charta der deutschen Heimatvertriebenen an, wie etwa der Racheverzicht und „der Aufbau eines freien Europas auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Menschenrechte“. ³ Aufgegriffen wurde diese Deklaration anlässlich der Gründung des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) am 24./25. Januar 1950 mit der „Detmolder Erklärung“ ⁴ – unterschrieben vom ersten Sprecher der SL, Dr. Rudolf Lodgman von Auen, einem der späteren Charta-Unterzeichner.

Eine besondere Qualität hatte dann das am 4. August 1950, einen Tag vor der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in Hessen unterzeichnete „Wiesbadener Abkommen“, ⁵ da es in Abstimmung mit tschechischen Exilpolitikern entstand und somit auch eine gewisse bilaterale Dimension hatte. erinnert werden muss hier an den ehemaligen tschechoslowakischen General Lev Prchala, der nach dem Münchner Abkommen 1938 aktiv gegen die deutschen Nationalsozialisten gekämpft hatte. Erst 1940 war er nach London geflüchtet, wollte sich dort jedoch nicht den Neuordnungs- und Vertreibungsplänen des „Exil-Ministerpräsidenten“ Edvard Beneš unterordnen und gründete einen neuen „Tschechischen Nationalausschuss“. Prchala und seinen Anhängern lag von Beginn an das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Aussöhnung Europas unter Bestrafung der Kriegsverantwortlichen am Herzen; als Volksgruppe hatten die Sudetendeutschen selbstverständlich ihre Heimat in der Tschechoslowakei, so die Überzeugung.

Diese auch der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ wichtigen Grundsätze sind mit in das Wiesbadener Abkommen eingeflossen, welches daher ein Musterbeispiel dafür ist, wie sich das deutsch-tschechische Verhältnis auch hätte entwickeln können. Einer Umsetzung dieser Absichtserklärung standen jedoch die tatsächlichen politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei entgegen: Prchala wurde vom kommunistischen Regime als Exil-Faschist bezeichnet und hat seine Heimat nie wiedergesehen.

Den Anteil der Sudetendeutschen am Versöhnungsprozess und ihren enormen Beitrag zur europäischen Einigung beschreibt Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, in einem gesonderten Beitrag dieser Publikation.

Mit der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August wurde dann einerseits innenpolitisch Handlungsdruck erzeugt und den Energien der deutschen Heimatvertriebenen eine konstruktive Richtung gegeben, andererseits außenpolitisch ein starkes Signal ausgesandt, dass sich die Vertriebenen ein freies und geeintes Europa wünschten und dass sie einen menschenrechtlichen Anspruch auf ihre Heimat geltend machen. Stets mitgedacht werden muss, dass hierfür zum ersten Mal die beiden damals noch konkurrierenden Vertriebenenverbände – die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) und der „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD) – sichtbar an einem Strang zogen.

Potsdamer Konferenz: Sargnagel für die historischen deutschen Ostgebiete

Ein ganz anderer Aspekt bedarf im Rückblick ebenfalls näherer Betrachtung: Die Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945, die maßgeblich das Schicksal der Heimatvertriebenen zementierte und – schlimmer noch – das Unrecht „legitimierte“, das bereits im Gange war und in der Folge massiv (auf Grund erfolgter Legitimation?) zunehmen sollte.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen mit politischer Handlungsfreiheit in der jeweiligen Zone führte letztlich zur Teilung Deutschlands, Europas und der Welt. Es war der Beginn des Kalten Kriegs, der Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Die Konferenz stand personell sowieso unter keinem guten Stern: Die Vertreter der drei Siegermächte bei der Konferenz waren bis auf den russischen Vertreter, Stalin, neu im Amt oder in schwacher Verhandlungsposition (Frankreich war nicht eingeladen; der britische Premierminister Churchill verlor die Wahlen in Großbritannien und wurde im Laufe der Konferenz durch seinen blass auftretenden Nachfolger Attlee ersetzt; US-Präsident Truman war erst im April 1945 durch das Ableben Roosevelts urplötzlich ins Amt gerückt). Ausgerechnet Stalin avancierte so zur „Konstanten“ in einem Personaltableau, das sich mehr mit dem Abstecken der eigenen Einflussphären als mit dem notwendigen Neuanfang im zerstörten Europa beschäftigte.

Die Aufteilung in Besatzungszonen wird später zur Teilung Deutschlands führen.

Hauptankampf unter den Teilnehmern der Konferenz war die Polen-Frage, zu der vor allem Churchill eine dezidierte Position vertrat: Er hatte zu Beginn der Verhandlungen davor gewarnt, die deutschen Ostprovinzen an Polen zu übergeben. Er sprach Polen das Recht ab, Deutschland sehenden Auges einer Hungersnot auszusetzen, indem es einerseits Millionen Deutsche entwurzelt und nach Westen vertreibt und sich andererseits die ländlichen Gebiete jenseits der Oder und Neiße, bis dahin die Kornkammern Deutschlands, einverleibt. Doch nicht mehr Churchill, sondern Attlee führte die Verhandlungen zu Ende ...

Die aus Sicht der Vertriebenen wichtigsten Vereinbarungen betrafen die nachträgliche und zukünftige Legitimierung des „geordneten und humanen Transfers“ deutscher „Bevölkerungsteile“ Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, aber auch Polens Verwaltungshoheit über die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie. Es war Stalin, der letztlich in eigenmächtiger Manier den Polen die deutschen Ostgebiete als Kompensation für sowjetische Landnahme entlang der polnischen Ostgrenze überließ. Damit war das Schicksal der Deutschen in den Ostgebieten besiegelt. Zwar wurde die Oder-Neiße-Linie von den Westmächten in Potsdam nur vorläufig anerkannt, doch dies hinderte weder Polen noch Sowjetrußland daran, die ethnischen Säuberungen systematisch voranzutreiben.

Wirkmächtig bis auf den heutigen Tag: die Charta als Leitlinie der Zukunft

**Die Charta eröffnete
den Vertriebenen und
Verbänden eine neue
Handlungsoption.**

Die Charta ist auch deshalb so wirkmächtig, weil sie wie zum Trotz jeder zu erwartenden Forderung nach Rache und Vergeltung eine Abfuhr erteilt und den Blick in die Zukunft Deutschlands und Europas richtet. Sie hat den Vertriebenen und ihren Verbänden eine Handlungsoption eröffnet, die diese im Lauf der Jahrzehnte genutzt und vertieft haben.

75 Jahre nach Flucht und Vertreibung stehen Vertriebene und Spätaussiedler heute mehr denn je für ein vereintes Europa. Sie haben gegen politische Widerstände auf zwischenstaatlicher Ebene zur europäischen Integration, also der Vertiefung und Erweiterung der EU, beigetragen. Dieses vereinte Europa hat sich, gewollt oder ungewollt, im Guten „revanchiert“: Die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen dürfen heute in ihre Heimatgebiete reisen, vielerorts Grund und Boden besitzen und sich wirtschaftlich betätigen. Wir dürfen dort wieder Heimat finden, wenn wir das nur wollen.

Der BdV und seine Landsmannschaften und Landesverbände setzen sich für die grenzüberschreitende Verständigung auf allen Ebenen ein. Es geht darum, Vorbehalte abzubauen, Chancen aufzuzeigen und Europa zusammenzuführen. Innenpolitische Instrumentalisierungen, Einschränkungen der europäischen Grundwerte wie Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Justiz, lehnen die deutschen Heimatvertriebenen ganz entschieden ab.

Gerade in europäischer Hinsicht erwachsen aus der Charta Aufgaben, die noch nicht abgearbeitet sind. So fordert der BdV zum Beispiel, dass alte, noch bestehende Unrechtsdekrete beseitigt werden und Europa damit weiter zusammengeführt wird. Dies greift in doppeltem Sinne ureigene Interessen unseres Verbands auf, denn Vertriebene und Spätaussiedler stehen wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe für ein vereintes Europa. Die Reise- und Niederlassungsfreiheit in die alten Heimatgebiete, der Kontakt mit den dort lebenden Menschen – das alles ist für uns ein hohes Gut. Leider sehen wir aber auch negative Entwicklungen in Ländern, deren Bürger sich vor über einem Vierteljahrhundert mühevoll aus den Fesseln des kommunistischen Unrechts befreien konnten.

In Tschechien etwa herrscht eine besondere Stimmung. Einerseits kommen – je nach Regierungszusammensetzung – hochrangige Politiker oder Diplomaten zu den Sudetendeutschen Tagen nach Deutschland. Das ist wichtig und ein starkes Zeichen europäischer Gegenwartsorientierung, wofür ich ausdrücklich dankbar bin. Andererseits sind aber die Unrechtsdekrete Nr. 12, 33 und 108 und auch das gegen jedes Rechtsempfinden einer der Humanität verpflichteten Gesellschaft verstoßende Straffreistellungsgesetz Nr. 115 vom Mai 1946 des Präsidenten Beneš weiterhin Bestandteile der tschechischen Rechtsordnung. Es wäre ein deutliches Bekenntnis zur europäischen Rechts- und Werteordnung, wenn man sich in Tschechien dieses historischen Ballastes endlich entledigen würde. Dies fordern wir zwar mit Nachdruck, aber reichen dennoch immer wieder die ausgestreckte Hand nach Prag.

Zuletzt dürfen wir nicht vergessen, dass Flucht und Vertreibung selbst 70 Jahre nach der Charta-Verkündung noch immer das sind, als was sie im „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen bezeichnet werden: ein Weltproblem. Das Recht auf die Heimat, für das wir von Beginn an eingetreten sind, beinhaltet auch, dass Menschen in ihrer Heimat Perspektiven für ein würdiges Leben vorfinden müssen und daraus nicht vertrieben werden dürfen. Darauf sollten sowohl eine moderne Außen- als auch eine moderne Entwicklungspolitik ausgerichtet sein.

Noch nicht alle Aufgaben aus der Charta wurden bisher abgearbeitet.

Als Europäer und angesichts unserer eigenen Geschichte sind gerade die deutschen Heimatvertriebenen davon fest überzeugt. Denn wir sind uns dessen bewusst, dass Nachbarstaaten und befreundete Völker überall auf der Welt mit Verständnis und im Geiste gegenwartsbezogener Wahrhaftigkeit aufeinander zugehen müssen. Erst recht 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

„Das Schicksal der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.“

In seinem Grußwort zum 70. Charta-Jubiläum beschließt der amtierende Bayerische Ministerpräsident Markus Söder seine Gratulation mit anerkennenden und gleichzeitig mahnenden Worten: „Das Schicksal der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden. Ihr Leiden muss Mahnung zu Frieden und Verständigung bleiben. Ihre Charta und ihr herausragender Beitrag zum Wiederaufbau sind Zeugnisse des Mutes und Zeichen der Hoffnung!“ Für diesen Stammbucheintrag danken wir, die deutschen Heimatvertriebenen, ganz herzlich!

///

Anmerkungen

- ¹ Bundesarchiv Koblenz (Hrsg.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Band I: September 1945 - Dezember 1946, München 1976, S. 244.
- ² Ebd.
- ³ <http://www.sdj-geschichte.de/Struktur/D-Erwachsene/c-SL/xx-Eichstaetter.htm>, Stand: 17.9.2020.
- ⁴ <http://www.sdj-geschichte.de/Struktur/D-Erwachsene/c-SL/xx-Detmolder.htm>, Stand: 17.9.2020.
- ⁵ <http://www.mittleeuropa.de/wiesbabk01.htm>, Stand: 17.9.2020.



Bernd Posselt

ist der Sohn eines Sudetendeutschen und einer Steirerin. Der gelernte Tageszeitungsjournalist vertrat Bayern von 1994 bis 2014 als CSU-Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er ist Mitglied des CSU-Parteivorstandes mit Kompetenz für Mittel- und Osteuropa, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland und Sprecher, also oberster politischer Repräsentant, der Sudetendeutschen Volksgruppe.

/// 75 Jahre nach der Vertreibung

Sudetendeutsche als Motor

Bayern und Böhmen bildeten bis zur Vertreibung der Sudetendeutschen vor 75 Jahren und der Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang die beiden Herzkammern unseres Kontinents. Heute ist die sudetendeutsche Volksgruppe wieder ein wichtiges grenzüberschreitendes Bindeglied, das sich für die europäische Einigung einsetzt.

Im 11. und 12. Jahrhundert erreichte die zahlenmäßige und kulturelle Intensität des Zusammenlebens zwischen den Tschechen und den vom slawischen Herrscher Geschlecht der Přemysliden in die Böhmisches Länder gerufenen deutschen Siedlern einen ersten Höhepunkt. Schon damals tauchten in Urkunden Träger des Namens Posselt auf. Meine unmittelbaren und lückenlos nachweisbaren Vorfahren bewohnten bereits im Jahrhundert vor dem Dreißigjährigen Krieg schwerpunktmäßig das nordböhmische Isergebirge und dessen angrenzende Regionen. Ich bin in dieser langen Kette der erste aus unserer Posselt-Linie, der im heutigen Deutschland geboren wurde.

Der Name Posselt erschien schon sehr früh in Urkunden der Böhmisches Länder.

Das friedliche und produktive Miteinander der tschechisch- und der deutschsprachigen Menschen im übernationalen Königreich Böhmen mit seinen frühmittelalterlichen Wurzeln war von der Pest des Nationalismus zerstört worden, die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam und auf beiden Seiten immer mehr um sich griff. Das Habsburgerreich, zu dem die Böhmisches Länder, nämlich Böhmen, Mähren und (Sudeten-)Schlesien gehörten, hätte sich zu einem blühenden Kleineuropa weiterentwickeln können. Doch zuerst begannen Tschechen und Sudetendeutsche sich immer schärfer voneinander abzugrenzen; dann zerschlugen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges die gemeinsame Donaumonarchie.

**Die Tschechoslowakei
war multinational,
aber zentralistisch.**

Die Tschechoslowakei, die aus deren Konkursmasse gebildet wurde, war eigentlich auch ein multinationaler Staat, in dem die Tschechen gegenüber Sudeten- und Karpatendeutschen, Slowaken, den Magyaren Oberungarns sowie den ukrainischsprachigen Ruthenen nur die relative Mehrheit stellten. Dennoch konstruierte die politische Führungsschicht der Tschechen, deren Spitzen, Tomáš G. Masaryk und Edvard Beneš, aus dem Exil in den USA und in Frankreich zurückgekehrt waren, die neue Republik als Zentralstaat einer künstlichen „tschechoslowakischen“ Nation. Dies belastete das Verhältnis zu den anderen Volksgruppen und Minderheiten zunehmend. Ausgleichsbemühungen weitsichtiger Politiker der verschiedenen Nationalitäten – auf sudetendeutscher Seite vor allem die so genannten „Aktivisten“ von Christdemokraten, Sozialdemokraten und vom Bund der Landwirte – scheiterten, und schließlich nutzte das Verbrecherregime Adolf Hitlers die internen Spannungen in der Tschechoslowakei, um diese zu zerstören und die Mehrzahl der sudetendeutschen Gebiete an das „Dritte Reich“ der Nationalsozialisten anzuschließen.

Nicht spontan verjagt

So kam es, dass meine Großeltern zuerst Bürger des österreichischen Kronlandes Böhmen, dann der Tschechoslowakei und schließlich des Deutschen Reiches waren, ohne jeweils gefragt zu werden und ohne dabei ihren Wohnort, die nordböhmische Glas- und Schmuckstadt Gablonz an der Neiße, zu verlassen, die immer wieder die staatliche Zugehörigkeit wechselte. Wie die meisten Sudetendeutschen wurden sie nicht spontan unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer jahrhundertealten Heimat verjagt – gewissermaßen als Rache für die Untaten, die die NS-Diktatur im deutschen Namen an den Tschechen verübt hatte –, sondern Ende 1946, als im Westen schon wieder aufgebaut wurde, in Viehwaggons mit 30 Kilo Gepäck in das zerstörte Restdeutschland deportiert.

Im Falle meiner Familie war dies, wie für viele Menschen aus Nordböhmen, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, also die spätere DDR. Gott sei Dank wurde mein Vater aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Würzburg entlassen, von wo aus er seine Verwandtschaft nach Westen holen konnte, bevor der Eiserne Vorhang zuging. So kam ich 1956 im freien Teil Deutschlands zur Welt, dank der Aufnahmebereitschaft der alteingesessenen Bevölkerung durchaus unter ordentlichen Lebensumständen, wurde aber in der Schule später dennoch immer wieder gefragt, was wir eigentlich hier wollten und warum wir nicht einfach wieder dorthin gingen, wo wir hingehörten.

Die Integration der 14 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, darunter mehr als drei Millionen Sudetendeutsche, war ein Ruhmesblatt für die Einheimischen und für den Leistungswillen der Vertriebenen, verlief aber beileibe nicht so glatt und problemlos, wie dies heute gern dargestellt wird.

Bayern übernimmt die Schirmherrschaft

Deshalb war es von überragender Bedeutung, dass Bayern die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe übernahm, und zwar nicht nur über die eineinhalb Millionen, die im Freistaat leben, sondern auch über die andere Hälfte der über die ganze Welt Verstreuten und ihre Nachkommen. In der Schirmherrschaftsurkunde, die im bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrt und von den jeweiligen Bayerischen Ministerpräsidenten als Schirmherren bei besonders feierlichen Anlässen öffentlich ausgestellt wird, heißt es:

„Eingedenk der jahrhundertealten historischen und kulturellen Bindungen zwischen den bayerischen und den böhmischen Ländern und der verwandtschaftlichen Beziehungen der Altbayern, Franken und Schwaben zu den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien und als Zeichen der Anerkennung des Freistaates Bayern und der bayerischen Bevölkerung für die Verdienste der Mitbürger aus dem Sudetenland, hat die Bayerische Staatsregierung anlässlich des fünften Sudetendeutschen Tages zu Pfingsten 1954 in München die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe übernommen ... Die Bayerische Staatsregierung betrachtet die Sudetendeutsche Volksgruppe als einen Stamm unter den Volksstämmen Bayerns.“ Daraus erwachse die Verpflichtung, „ihre Landsmannschaft und deren Einrichtungen als Vertretung der Sudetendeutschen Volksgruppe bei der Wahrnehmung der heimatpolitischen, kulturellen und sozialen Aufgaben ideell und finanziell zu fördern.“

Bayern übernimmt 1954 die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe.

Diese Idee der Schirmherrschaft und der Sudetendeutschen als des vierten bayerischen Stammes wird seitdem von allen bayerischen Ministerpräsidenten, ihren Ministern, der Staatsverwaltung und allen im Bayerischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien respektiert und unterstützt. Sie ermöglicht es den drei Millionen aus den böhmischen Ländern Vertriebenen und ihren Nachkommen, sich voll und ganz zu Bayern zu bekennen, auch wenn ein Teil von ihnen in anderen Bundesländern, in Österreich oder sogar in Übersee lebt, und mit breitem Rückhalt ihre uralte Kultur und Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Über Generationen hinweg wurde das kulturelle Erbe weitergetragen.

Das Erbe der Böhmisches Länder

In den meisten sudetendeutschen Familien wurde nicht nur kulinarisch und kulturell das Erbe der Böhmisches Länder gepflegt und an die nächsten Generationen weitergegeben, man fuhr auch an die bis 1989 nahezu unüberwindliche Grenze Bayerns und Österreichs zur kommunistischen Tschechoslowakei, ließ die Kinder von Aussichtstürmen und Bergkuppen hinüberschauen und erzählte ihnen von dem wunderbaren Land Böhmen, das sich dort drüben befand, von dem uns aber Stacheldrähte und Minenfelder trennten.

Nie werde ich 1968 vergessen, das Jahr, in dem ich zwölf wurde. Wir waren wie immer in Österreich in Ferien, wo meine Großeltern mütterlicherseits lebten. Eines Nachts wurden meine Geschwister und ich von den Eltern aus den Betten gerissen und erfuhren, dass soeben die Rote Armee der Sowjetunion mit ihren Verbündeten in ihr angebliches „kommunistisches Bruderland“ Tschechoslowakei einmarschiert war, nur, weil die Menschen dort nach ein wenig mehr Freiheit strebten. In den nächsten Tagen saßen wir quasi auf gepackten Koffern, um im Ernstfall fliehen zu können, wenn die Soldaten des Warschauer Paktes auch im neutralen Österreich einrücken würden. Wir fühlten uns den Tschechen, von denen uns die Großeltern und Eltern viel erzählt hatten, in ihrer Not eng verbunden.

Im Herbst waren wir wieder sicher in Deutschland gelandet. Eines Tages kam mein Vater, der Direktor unseres Gymnasiums war, mit der Mitteilung nach Hause, viele Tschechen seien nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, wie die politische Freiheitsbewegung in der Tschechoslowakei hieß, dabei, nach Deutschland zu emigrieren – wo sie entwurzelt und mittellos ankamen, wie unsere Familien 22 Jahre zuvor. Er sagte: „Sie waren jahrhundertlang unsere Landsleute, dann ist diese Gemeinschaft zerbrochen, aber jetzt müssen wir ihnen helfen. Kümmert euch um eure neuen tschechischen Mitschüler!“

Tschechen und Sudetendeutsche in München

Mit diesen, so entdeckte ich rasch, hatten wir viel gemeinsam. Wir aßen dasselbe, hatten dieselbe Art von Musik, von Bräuchen und von Humor. Damals entstand zwischen zahlreichen Sudetendeutschen und Tschechen wieder die alte übernationale Gemeinschaft, von der viele geglaubt hatten, sie sei unwiederbringlich zerstört. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft öffnete ihre Bildungsstätten wie den Heiligenhof in Bad Kissingen, um dort vorübergehend tschechische Flüchtlinge aufzunehmen. Der Adalbert-Stifter-Verein als die wichtigste Kulturinstitution der Sudetendeutschen kümmerte sich um tschechische Schriftsteller und Intellektuelle. Die katholische Ackermann-Gemeinde und die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde, zwei sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaften, verbanden sich eng mit ähnlich denkenden tschechischen Emigranten.

Um den amerikanischen Freiheitssender Radio Free Europe in der Münchner Oettingenstraße, der auch auf Tschechisch objektive Informationen über den Eisernen Vorhang hinweg in die Heimat ausstrahlte, und unsere sudetendeutschen Einrichtungen bildete sich in der bayerischen Landeshauptstadt ein tschechisch-sudetendeutsches, intellektuell unglaublich anregendes Mischmilieu, in dem ich mich sehr zuhause fühlte. Es gab Konflikte und Dialoge, wobei eine der interessantesten tschechisch-sudetendeutschen Begegnungen auf Initiative von Franz Josef Strauß in der Bildungsstätte der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth stattfand, und zwar im Jahr 1978. Die breite Palette sudetendeutscher und exiltschechischer Meinungen war dort vertreten. Zu den jüngsten Teilnehmern zählten der heutige Vorsitzende des offiziellen Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums, Libor Rouček, und ich. Rouček, mittlerweile nach Prag zurückgekehrt und einer der herausragenden Sozialdemokraten seines Landes – er fungierte unter anderem als Regierungssprecher sowie als Vizepräsident des Europäischen Parlamentes – hat dies in seinen jüngst erschienenen Memoiren erwähnt.

1978 fand eine tschechisch-sudetendeutsche Begegnung in Wildbad Kreuth statt.

Wiesbadener Abkommen und Charta der Heimatvertriebenen

1950 gab es erste Verständigungsbemühungen.

Die ersten Verständigungsbemühungen zwischen vertriebenen Sudetendeutschen und emigrierten Tschechen waren allerdings schon viel älteren Datums. Am 4. August 1950 trafen sich im zerstörten Wiesbaden patriotische, aber jetzt von Beneš und den Kommunisten ins Ausland verbannte tschechische Persönlichkeiten um General Lev Prchala mit Sudetendeutschen aller politischen Richtungen, an ihrer Spitze der damalige Sprecher der Volksgruppe, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, sowie die Bundestagsabgeordneten Hans Schütz (CSU) und Richard Reitzner (SPD). Sie verabschiedeten gemeinsam einen Text, der später als „Wiesbadener Abkommen“ zwischen dem Tschechischen Nationalausschuss in London und der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung Sudetendeutscher Interessen in München bekannt werden sollte. Darin heißt es – fünf Jahre nach dem Krieg und vier Jahre nach der Vertreibung:

„Beide Teile stehen auf dem Boden der demokratischen Weltanschauung und lehnen jedes totalitäre System ab. Beide Teile betrachten eine demokratische Ordnung der Verhältnisse im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum als einen Teil des Kampfes für ein einheitliches Europa. Dieses kann nach ihrer Überzeugung nur dadurch erreicht werden, dass sich seine Völker ohne Zwang in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes zusammenfinden.“

Am nächsten Tag folgte dem in Stuttgart-Bad Cannstatt die auch von den Sudetendeutschen führend mitformulierte und unterzeichnete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, in der diese feierlich auf Rache und Vergeltung verzichteten und ebenfalls die Vision eines gemeinsamen Europa entwickelten.

Gemeinsam gegen den Eisernen Vorhang

Dieser Geist ließ die Sudetendeutschen in den folgenden Jahrzehnten nicht nur zu aktiven Mitgestaltern der europäischen Einigung werden, sie hielten auch stets am Ziel einer Überwindung des Eisernen Vorhanges fest. Dies verband ihre Landsmannschaft mit der 1922 von dem böhmischen Grafen Richard Coudenhove-Kalergi gegründeten Paneuropa-Union.

Heimlich und unter konspirativen Umständen bauten Paneuropäer und Sudetendeutsche ein Netz von Kontakten in der Tschechoslowakei auf, das Tschechen, Slowaken und in der Heimat verbliebene Reste der deutschen Volksgruppe umfasste. Letztere wurden sowohl in der Tschechoslowakei als auch in der DDR doppelt unterdrückt – vom kommunistischen Staatsapparat wie alle anderen, aber auch, weil sie jahrzehntelang ihre Identität anpassen oder gar verleugnen mussten.

Unter den Tschechen waren vor allem Angehörige der verfolgten christlichen und jüdischen Gemeinschaften sowie die seit den 70er-Jahren ständig anwachsende Freiheitsbewegung „Charta 77“ an einem diskreten Austausch mit den im Westen lebenden Sudetendeutschen und Exiltschechen interessiert.

Darum kümmerten sich in München außer der schon genannten Ackermann-Gemeinde und dem Adalbert-Stifter-Verein vor allem die Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Studenten, die Sudetendeutsche Jugend und die Paneuropa-Jugend gemeinsam mit der sehr heterogenen tschechischen Emigration an der Isar.

Ein wichtiger Unterstützer der Bürgerrechtler jenseits des Böhmerwaldes war der aus Mähren über Österreich nach Bayern geflohene Exiltscheche Milan Kubes, einer der führenden Köpfe von „Opus Bonum“, einer Gemeinschaft katholischer Tschechen, und unermüdlicher Motor des Tschechisch-Sudetendeutschen Förderativausschusses, der aufgrund des Wiesbadener Abkommens geschaffen worden war.

Dieser sorgte dafür, dass wöchentlich ein anonymer Helfer am Münchner Hauptbahnhof einen Koffer, etwa mit von den Kommunisten verbotener Literatur, in den Linienbus nach Prag stellte. Ein Student aus Bayern stieg zu, weil er das Gepäckstück an der Moldau unauffällig wieder herausnehmen und heimlich an seinen Bestimmungsort bringen sollte. Fiel der Koffer bei scharfen Kontrollen der tschechoslowakischen Grenzpolizei auf, so stritt der Student wie alle anderen Businsassen ab, mit dem Gegenstand irgendwas zu tun zu haben.

**Der Exiltscheche
Milan Kubes war ein
wichtiger Unterstützer
der Bürgerrechtler.**

Nicht immer lief die Sache so glatt. Spione und Saboteure gaben den kommunistischen Sicherheitsorganen Tipps und sorgten manchmal auch auf geheimnisvolle Weise dafür, dass sich im Schmuggelgut Namensschilder befanden, die die Begleitperson auffliegen ließen. Einige unserer Mitstreiter wurden deshalb zeitweise inhaftiert, etwa im Zuchthaus von Pilsen-Bory, wo auch Václav Havel und der spätere Kardinal Dominik Duka einsaßen. Immerhin glückte es über viele Jahre hinweg, dass Bücher und Druckmaschinen hinüber und Manuskripte zur Veröffentlichung herüber gelangten.

**Antikommunistischer
Widerstand drückte sich
in illegalen Untergrund-
Universitäten aus.**

Eine besondere Erscheinungsform des antikommunistischen Widerstandes in der Tschechoslowakei waren die von dem tschechischen Bürgerrechtler Petr Oslzlý ins Leben gerufenen illegalen Untergrund-Universitäten in Prag und in Brunn. Diese waren geheime Versammlungen in Privathäusern, bei denen Redner, die oftmals aus dem Westen kamen, Vorträge hielten, deren Inhalte die Kommunisten kriminalisiert hatten. So waren im tschechoslowakischen Strafgesetzbuch paneuropäische oder mitteleuropäische „Umtriebe“ ebenso wie die Befassung mit dem tschechisch-sudetendeutschen Verhältnis oder der Vertreibung ausdrücklich untersagt. Gerade deshalb stießen sie bei den unterdrückten Intellektuellen auf besonderes Interesse.

Ich selbst hatte Gelegenheit, zwei geheime Vorlesungen bei der Brünner Untergrund-Universität zu halten. Da man als Referent die Namen der Zuhörer nicht erfahren durfte, damit man sie auch unter Druck nicht preisgeben konnte, erlebte ich nach der Wende von 1989 in vielen tschechischen Amtsstuben oder kulturellen Institutionen die erfreuliche Überraschung, dass ein führender Intellektueller oder Politiker auf mich zukam und sagte: „Ich war damals bei Ihrer Rede bei der Untergrund-Universität.“ Die Publizistin Barbara Day hat über diese Einrichtung ein eindrucksvolles Buch verfasst.

Nach der Samtenen Revolution

Als dann im Herbst 1989 bei der Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei endlich das kommunistische Regime zusammenbrach, wurden all diese Aktivitäten und Gruppen legalisiert. Die deutsch-tschechischen und sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen schienen auf eine erfreuliche Blütezeit zuzusteuern, zumal der bisherige Bürgerrechtler und nunmehr demokratisch gewählte Staatspräsident Václav Havel sich eindeutig gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen, für die Versöhnung und gegen den Kollektivschuldgedanken ausgesprochen hatte. Ganz bewusst machte er seinen ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik am 2. Januar 1990 nicht in Bonn, sondern in München, wohin zu diesem Zweck auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker gereist war. Die Sudetendeutschen mit ihrem Schwerpunkt im Mitte der 80er-Jahre in München errichteten Sudetendeutschen Haus waren von dieser Entwicklung so begeistert, dass man bei Versammlungen schon deshalb Beifall bekam, weil man Havel erwähnte.

Die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen reisten massenhaft in ihre nunmehr frei gewordene Wurzelheimat, um dort gemeinsam mit meist jungen Tschechen Kirchen und Friedhöfe zu restaurieren. Tausende von grenzüberschreitenden Aktivitäten wurden von beiden Seiten vorangetrieben und bilden bis heute das Rückgrat der deutsch-tschechischen Beziehungen.

Diese waren in den drei Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, erheblichen Schwankungen unterworfen. Der anfänglichen Euphorie folgten Rückschläge, die vor allem darauf zurückzuführen waren, dass beide Seiten unrealistische Erwartungen aneinander hatten.

Die Sudetendeutschen erhofften eine rasche Beseitigung der unmenschlichen Beneš-Dekrete, die ihrer Vertreibung zugrunde lagen. Aber die Mehrheit der tschechischen Politiker und weite Teile der tschechischen Öffentlichkeit waren schon nicht bereit gewesen, der Absage Václav Havels an das Prinzip der Kollektivschuld zu folgen und seinen auf Verständigung ausgerichteten Kurs zu unterstützen. Zudem war bei vielen Tschechen das Feindbild vom „Revanchisten“, das die Kommunisten gehegt hatten, noch längst nicht überwunden. So begannen die Mühen der Ebene, in denen man sich in vielen kleinen Schritten annäherte, was vielfach heute noch notwendig ist.

Bei der Samtenen Revolution 1989 brach das kommunistische Regime zusammen.

Aufbau von Beziehungen und Vertrauen

Eine wichtige Rolle spielten vier deutsch-tschechische Institutionen, die im Verlauf der 90er-Jahre geschaffen wurden: Die Euroregionen, die Koordinierungsstelle für grenzüberschreitende Jugendarbeit „Tandem“, das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum und der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds.

An diesen auf offiziellen Verträgen basierenden Einrichtungen beteiligten sich die sudetendeutschen Repräsentanten sowie das Schirmland Bayern von Anfang an führend und intensiv. Dadurch wurde Vertrauen und ein breites Beziehungsgeflecht aufgebaut. „Tandem“ ging ursprünglich sogar auf eine wegweisende Initiative der Sudetendeutschen Jugend (SdJ) mehr als drei Jahre vor dem Fall des Eisernen Vorhanges zurück. Bei der Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages an Pfingsten 1976, als dies selbsternannten Realisten noch völlig illusionistisch erschien, hatte die SdJ Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Franz Josef Strauß feierlich eine Denkschrift zur Gründung eines deutsch-tschechisch-slowakischen Jugendwerkes übergeben.

Das Sudetendeutsche Büro in Prag und das Tschechische Zentrum in München waren Brückenbauer.

Neben der sogenannten Volksdiplomatie, also der Versöhnung von unten, sowie den Dreieckspartnerschaften zwischen tschechischen Kommunen, sudetendeutschen Heimatverbänden und deren deutschen Patenstädten, schlugen vor allem zwei Kontaktbüros Brücken: das Sudetendeutsche Büro in Prag unter der Leitung von Peter Barton und das Tschechische Zentrum in München mit Gründungsdirektor Jan Šícha. Der Durchbruch auf die obere politische Ebene gelang bei der offiziellen Reise, die Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und ich als Sprecher der Sudetendeutschen Ende Dezember 2010 zur tschechischen Regierung unternahmen, die bis dahin eine Beteiligung der Volksgruppe stets abgelehnt hatte. Den Prototyp für diese erstmalige Begegnung zwischen einem bayerischen und einem tschechischen Regierungschef hatte ich bereits im Herbst mittels einer Fahrt mit dem bayerischen Kultusminister Ludwig Spaenle nach Prag, Lidice, Theresienstadt und Aussig entwickelt.

Dem folgte eine lange Reihe von bis dahin undenkbaren Ereignissen: Gegenbesuche der tschechischen Premierminister Petr Nečas und Bohuslav Sobotka in Bayern unter voller Einbeziehung des Vierten Stammes, die von uns angeregte gemeinsame bayerisch-tschechische Landesausstellung über Kaiser Karl IV., die Unterzeichnung eines von sudetendeutscher Seite mit erarbeiteten bayerisch-tschechischen Kulturabkommens, die erste Rede eines tschechischen Regierungsmitgliedes – des Kulturministers Daniel Herman – bei der Hauptkundgebung eines Sudetendeutschen Tages, die Kranzniederlegung des tschechischen Vizepremiers Pavel Bělobrádek für die Opfer der Vertreibung im Foyer des Sudetendeutschen Hauses in München, der Festvortrag der tschechischen Sozialministerin Michaela Marksová bei der Gedenkfeier „60 Jahre Wiesbadener Abkommen“ im Hessischen Landtag und vieles mehr.

Nach wie vor kommt es zu Missverständnissen und Rückschlägen, und 75 Jahre nach der Vertreibung werden immer noch heikle Themen tabuisiert. Dennoch lässt sich sagen: Die Sudetendeutschen, einst eines der beiden Völker der böhmischen Länder und heute der vierte Stamm Bayerns, sind zu einem Motor der deutsch-tschechischen Beziehungen geworden, der der gesamten Gesellschaft diesseits und jenseits des Böhmerwaldes dient.

Die Sudetendeutschen sind zu einem Motor der deutsch-tschechischen Beziehungen geworden.

///

**Rainer Bendel**

ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Vorsitzender des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa und hat einen Lehrauftrag an der Universität Hohenheim.

/// Katholische Kirche und Vertriebene

Schuld – Vergebung – Integration

Ausgehend von drei Beispielen für eine frühe radikale Situationsanalyse und -reflexion, bei der deutlich wird, wie früh und offen das Thema Schuld und Konsequenzen von Seelsorgern thematisiert wurde, werden die zentralen Aufgaben und Tätigkeitsfelder der kirchlichen Vertriebenenarbeit und die dafür geschaffenen Strukturen und Organisationen skizziert. Deutlich wird dabei der Perspektiven öffnende Handlungsdruck binnenkirchlich, in der Mitgestaltung der Sozialpolitik und für Verständigung und Versöhnung der Völker sowie der Menschen in Europa.

Die Charta der Vertriebenen – zur Vorgeschichte

Wie ein cantus firmus in mehrstimmigen Chorälen klingt es in den politischen Fest- und Gedenkreden zur Integration der Vertriebenen,¹ dass die Eingliederung so gut gelungen, so friedlich verlaufen sei, nicht zuletzt weil die Betroffenen bereits 1950 in der „Charta der Vertriebenen“ auf Hass und Rache verzichtet haben. Das mag trotz aller Widersprüche stimmen, dabei wird aber gern die Vorgeschichte der Charta übersehen.²

Nicht verschweigen sollte man 70 Jahre nach der Deklaration, dass die Autoren, die den Text formulierten und diejenigen, welche ihn dann unterzeichneten, nicht in der Lage waren, das sogenannte „Dritte Reich“ als Grund des scheinbar unlösbaren Nachkriegsdilemmas in Europa zu nennen.³ Passivisch wird gesprochen vom Leid, das das letzte Jahrzehnt über die

Die Charta verzichtet auf Hass und Rache, will aber die Verursacher des Leids nicht benennen.

**Vertriebenenseelsorger
forderten seit Kriegs-
ende den Verzicht auf
Rache und Vergeltung.**

Menschheit gebracht habe. Es erfolgte kein Rückgriff auf die komplexe und komplizierte Vorgeschichte des tschechisch-deutschen, polnisch-deutschen Zusammenlebens vor den beiden Weltkriegen. Das klang bei Pater Paulus Sladek bereits an Weihnachten 1945 ganz anders und viel deutlicher: „Auch wir müssen unsere persönliche Schuld bekennen und den Anteil an der Gesamtschuld unseres Volkes und bereit sein, unser Schicksal als Sühne für eigene und fremde Sünden zu tragen. Wir dürfen dabei auch durchaus nicht auf die Schuld vergessen, die unserer Gemeinschaft anhaftet, auf gewisse falsche Einstellungen, die uns beherrscht haben.“⁴

Gründungsmitglieder und Wegweiser der Ackermann-Gemeinde wählten mit innerer Überzeugung 1945/46 einen anderen Weg. Nicht „Vergessen“, sondern „Vergeben“ lautete das Losungswort für den Weg in die Zukunft: Der „Verzicht“ auf Hass und Rache waren in der Tat zentrale Weichenstellungen für eine gelingende Integration und für ein neues Miteinander der Völker in Europa. Diese Einsicht versuchten aber P. Paulus Sladek (OESA)⁵ bereits an Weihnachten 1945 und Bischof Maximilian Kaller im September 1945 den Gläubigen nahezubringen. „Gedanken der Rache und Vergeltung sollen nicht Macht gewinnen über unsere Herzen“ formulierte das millionenfach verbreitete und leider später fast vergessene „Gebet der Heimatlosen“, das ebenfalls aus der Feder von P. Paulus Sladek stammte und bereits 1947 bei der großen Wallfahrt in Hunderttausenden von Exemplaren verteilt wurde.⁶

In einer Predigt an die Gläubigen am 10. Juni 1945, dem Pfingstsonntag, legte der aus seinem ostpreußischen Bistum Ermland vertriebene, 1946 von Papst Pius XII. zum Sonderbeauftragten für die Flüchtlinge und Vertriebenen bestimmte Bischof Maximilian Kaller eine wichtige Grundlage für die Deutung der aktuellen Situation.⁷ Er griff die traurigen Bilder der Zerstörung auf, die man täglich sah und insinuierte, dass es kein traurigeres Bild gebe als eine eingestürzte Brücke, sei sie doch zugleich Sinnbild und Gleichnis. Über die Brücke vollzog sich stets der Verkehr, der Lebensaustausch, die Kommunikation zwischen Städten und Völkern.

Kaller suchte in den Stunden des tiefsten Sturzes, in denen Gott den Menschen gezeigt habe, dass Hass und rücksichtslose Selbstsucht nicht nur den anderen, sondern auch sich selbst zerstören, Menschen, die wieder Brücken bauen können. Und zwar nicht nur Brücken aus Stein und Eisen, deren Bau schon mühselig genug sei, sondern Brücken zwischen den Seelen und Herzen der Menschen und Völker.

Das war ein Vierteljahr nach dem Ende des Krieges: Pastoral geschrieben nicht nur die Forderung nach Verzicht auf Hass, sondern mutig theologisch gedacht das Plädoyer für die Akzeptanz, dass Hass den Menschen unmensch-

lich macht. Ein Plädoyer, mit dem Fundamente für eine Neugestaltung der Gesellschaft und für eine neue Form des Miteinanders der Völker in Europa gelegt werden können, denn im Wort „Verzicht“ ist auch das „Verzeihen“ enthalten.

Die Vertreibung deutete Kaller als Prüfung, als Krisis. Das persönliche wie das gesellschaftliche Leben müsse neu nach dem Gesetz Gottes in der Nachfolge Christi, des Gekreuzigten, geordnet werden. Damit erhält das Schicksal Vertreibung eine Sendung, eine Botschaft an alle – eine Chance, die Seligpreisungen zu realisieren. Auch wenn sie in der neuen Umgebung kalt empfangen, abgelehnt werden, sind die Vertriebenen nicht Verstoßene und Verlassene, sondern in diesem Interpretationskontext Gesandte Gottes. Sie sollen Boten seiner Liebe werden.

Bereits in den frühen Predigten Kallers nach der Kapitulation des Nationalsozialismus findet sich eine intensive Reflektion der Situation der Geflüchteten und Vertriebenen. In dieser Reflektion wurden auch die Ursachen klar benannt, die geistigen Verwirrungen der vorangegangenen zwölf Jahre. Das heißt, es setzte bereits in diesen frühen Predigten so etwas wie eine Vergangenheitsbewältigung ein, wie man sie in der Extensität und Intensität bei den eingesessenen Katholiken nicht findet. Vielleicht war sie auf Vertriebenenseite vom Schicksal erzwungen. Man konnte die eigene Situation nicht ignorieren. Sie wollte erklärt sein, um halbwegs akzeptiert werden zu können, und für diese Erklärung reichte die einfache Parallelsetzung mit biblischen Bildern und Situationen in der Regel nicht aus. Die Menschen fragten radikaler.

Einer ähnlichen Argumentation folgte das „Vater unser des Flüchtlings“ des früheren Breslauer Spirituals Erich Puzik.⁸ Die Vergebungsbitte des Vaters unsers rückte ins Zentrum der Betrachtung. Puzik beklagte das Fehlen der Feindesliebe als ein Grundübel der zeitgenössischen Welt. Er griff die Erfahrungen der Vertriebenen auf, denn insbesondere sie hätten schmerzlich erfahren, dass unter den Feinden des Krieges, auch wenn sie Katholiken seien, nur selten brüderliche Liebe zu spüren sei.⁹ Nicht nur, dass Katholiken der Kriegsgegner befeindet einander gegenüberstehen, sondern auch, dass Katholiken des gleichen Volkes, also Einheimische und Vertriebene, sich oft recht feindlich und hasserfüllt gegenüberstehen, befremdete Puzik.

Er benannte diese Phänomene deutlich als Versagen der Katholiken. Wenn man in der feindselig gesinnten neuen Umgebung auf Ablehnung stoße, werden verständlicherweise die Rache und der Hass zusätzlich genährt. Die Situation und der Anstand scheinen geradezu Rache zu gebieten. Es sei normal, wenn sich Aggressivität entwickle. Gerechtigkeit und Ausgleich, das

Gefordert werden der Verzicht auf Rache und der Aufbau einer neuen Gemeinschaft mit dem Feind.

müsse bewusst bleiben, könne allein die staatliche Obrigkeit herstellen. Doch Rache besiege nicht das Böse, sondern pflanze es fort und steigere es. Diese Kette müsse durch Liebe und Verzeihen durchbrochen werden. Großmütig müssten die Christen auf Rache verzichten, sie müssten erneut bereit sein zur Gemeinschaft, auch mit dem Feind.

Jede kirchliche Betreuung der Vertriebenen geschah letztlich zumindest implizit in einem gewissen theologischen Deutehorizont. Welche Punkte, welche Erfahrungen, welche Nöte und Gefahren sahen Seelsorger und Theologen vor allem als deutebedürftig an? Das Problem des Heimatverlustes und Heimatfindens im Sinne von Gemeinschaft und Geborgenheit verlieren und finden stand an oberster Stelle.

Ein erster Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, war die Möglichkeit, gewohnte religiöse Formen zu pflegen. Bedeutsam erschien, dass die materielle Dimension der Problematik einen breiten Raum einnimmt; der soziale Ausgleich wurde wiederholt gefordert. Hinzu kommt das Bemühen um eine Verständigung zwischen Vertriebenen und Einheimischen und das Auffangen von Rache- und Hassgefühlen gegenüber den Vertreibern.

Strukturen und Organisationen – Träger der Vertriebenenseelsorge

Die Caritas leistete Soforthilfe und im kirchlichen Bereich wurden früh Selbsthilfegruppen gegründet.

Von den katholischen Vertriebenen kamen etwa 2,9 Mio. aus dem Sudetenland, ca. 2,3 Mio. aus Schlesien, ca. 380.000 aus Ostpreußen und ca. 1,4 Mio. aus südosteuropäischen Ländern. Die erste Nothilfe in der frühesten Phase der Ankunft der Vertriebenen leistete die Caritas.¹⁰ Die Unterbringung und Ernährung der Vertriebenen, deren Bevölkerungsanteil regional den 20-Prozent-Anteil überstieg, war in einem vom Krieg gezeichneten Land mit großen Schwierigkeiten verbunden. Leistungskräftige Organisationen waren notwendig, die ihr Personal, ihr Wissen und ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen konnten. Dazu gehörte der deutsche Caritas-Verband 1945 ähnlich wie die katholische Kirche, weil er trotz Verlusten die Kriegswirren organisatorisch relativ schadlos überstanden hatte. Der deutsche Caritas-Verband expandierte organisatorisch, als im September 1945 ein Caritas-Suchdienst und die Caritas-Flüchtlingshilfe am 1. Dezember 1945 eingerichtet wurden. Die spontane Nothilfe brachte eine Differenzierung und Stratifizierung der Aufgaben; es kam zu einem flächendeckenden Ausbau der Kreisstellen der Caritas, die bislang auf die größeren Städte konzentriert war. Die Ausdehnung der Arbeitsbereiche sicherte einer Vielzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen eine Arbeitsstelle.

Kirchliche Hilfsstellen

Kirchliche Hilfsstellen mit landsmannschaftlich orientierten Selbsthilfegruppen entstanden in Frankfurt, München und Köln:¹¹ Ein Initiator, in dem sich wie in einem Fokus das Bemühen um die Vertriebenen in formaler wie auch in inhaltlicher Hinsicht sammelte, war der Augustinerpater Paulus Sladek (1908-2002), vormals Dogmatikdozent und Akademikerseelsorger in Prag und Geistlicher Leiter der sudetendeutschen katholischen Jugendbewegung „Staffelstein“. Er hat die konzeptionelle und die praktische Arbeit der Kirchlichen Hilfsstelle Süd geprägt, die wegweisend für die kirchliche Vertriebenenbetreuung in den Westzonen wurde. Der Schwerpunkt lag auf der Erziehungs- und Bildungsarbeit und dem sozialen Engagement.

Daneben war den Mitarbeitern der kirchlichen Hilfsstelle in München von der Bischofskonferenz vor allem die „Volksgruppenarbeit“ für die Sudeten- und Südostdeutschen zugewiesen worden. Für die Schlesier und Ermländer war die Arbeitsstelle Nord unter Prälat Oskar Golombek (1898-1972), einem aus der Erzdiozese Breslau stammenden Priester, zuständig. Dass eigene Flüchtlingsseelsorger bestellt, dass Flüchtlingsgottesdienste gehalten, die Flüchtlingswallfahrten veranstaltet wurden, Tagungen der Flüchtlingsseelsorger stattfinden konnten, auf denen Erfahrungen ausgetauscht und Handreichungen für die Vertriebenen-seelsorge erarbeitet werden konnten, wo aber auch Wünsche an die Kirchenleitung und die einheimischen Seelsorger formuliert wurden, war in der Anfangsphase im Wesentlichen Sladek zu verdanken. Er regte die Vertriebenenpriester an, über Pfarrbriefe Kontakt zu halten zu den Gläubigen der ehemaligen Pfarrgemeinde. Er entwarf 1946 Leitsätze der kirchlichen Flüchtlingsarbeit für die Diözese und war maßgeblich beteiligt an der Redaktion der Arbeitshilfen „Flüchtlingspriester, Mitteilungen und Skizzen“, die die kirchliche Hilfsstelle München vom Frühjahr 1946 an herausbrachte. Diese Arbeitshilfen gingen im Dezember 1946 in der neuen Monatsschrift „Christ unterwegs“ auf, der ersten Vertriebenenzeitschrift.

Kirchliche Hilfsstellen unterstützten die Flüchtlingspriester und entwarfen Arbeitshilfen.

Als entschiedener Wegbereiter der Versöhnung zwischen Vertreibern und Vertriebenen formulierte Sladek das Gebet der Heimatlosen, das die Vertriebenen auf vielen Wallfahrten beteten und das mit seinem Impuls zum Eingeständnis auch eigener Schuld und zur Stärkung der Bereitschaft zur Versöhnung eine zentrale Vorstufe der Charta der Heimatvertriebenen wurde.

Die Angebote waren an „landmannschaftliche“ kirchliche Verbände und Vereine adressiert.

Laienverbände

Laienverbände, die landsmannschaftlich strukturiert wurden und an die Hilfsstellen angebunden waren, waren die Ackermann-Gemeinde für die sudetendeutschen Katholiken, der Hilfsbund der Karpatendeutschen Katholiken, das Gerhardswerk für die Donauschwaben, die Eichendorff-Gilde für die Schlesier und die Ermlandfamilie für die aus Ostpreußen stammenden Katholiken. Diese Gruppen leisteten auf Multiplikatorenebene einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des religiösen Brauchtums der Vertriebenengruppen.

Vaterhaus der Vertriebenen in Königstein

Eine zentrale außerordentliche Initiative der katholischen Vertriebenen-seelsorge war das später so genannte Vaterhaus der Vertriebenen in Königstein,¹² das Gymnasium mit Konvikt, die Philosophisch-Theologische Hochschule mit Sonderinstituten zur Erforschung von Ostthemen, das auf die Initiative des aus dem Ermland vertriebenen Bischofs Maximilian Kaller (1880-1947), des Leiters der Seelsorge für die Auslandsdeutschen, Albert Büttner, und vor allem des vormaligen Prager Professors für Kirchenrecht, Adolf Kindermann (1899-1974), zurückging. Priestertagungen, Internationale Tagungen, Austausch mit Christen aus den Ländern des Ostblocks und diverse Publikationsorgane waren die wichtigsten Aktionsfelder.

Hier wurde versucht, religiöses Leben und kirchliche Strukturen und Muster der Heimat zu reaktivieren, zu pflegen, um sie – wenn möglich – in der neuen Heimat wieder ausbauen zu können. Königstein wird als Inbegriff und gleichzeitig neue Keimzelle all dessen dargestellt, was Kirche in der Heimat verkörperte und bedeutete. Man wollte vorrangig heimatlichen Priesternachwuchs heranbilden für die Zeit nach einer ersehnten Rückkehr in die Heimat.

Die Bereitschaft zur Installierung eines diözesanen Vertriebenen-seelsorgers war in den verschiedenen Bistümern sehr unterschiedlich ausgeprägt, wenn auch immer wieder betont wurde, dass in der Vertriebenen-seelsorge das Diözesanprinzip gegen das Zentralprinzip gestärkt und verfochten werden müsse. Das Bild der diözesanen Vertriebenen-seelsorge variierte stark, abhängig von den Personen, die als Vertriebenen-seelsorger eingesetzt waren – abhängig auch von der Resonanz, die die Vertriebenen-seelsorge in den Ordinariaten und bei den Bischöfen fand, ob sich korrespondierend eine zuständige Stelle, etwa im Seelsorgereferat, auch dieses Problems annahm.¹³

Trotz dieser Variabilität lassen sich bestimmte Grundlinien ausmachen, die die Aufgabe des Diözesan-Vertriebenenseelsorgers bestimmten: Er sollte verhindern, dass die Vertriebenen in einen eigenen Sektor der außerordentlichen Seelsorge abgeschoben wurden. Er sollte sich darum bemühen, das Nebeneinander oder gar Gegeneinander einheimischer und vertriebener Katholiken abzubauen und die verschiedenen Gruppen zu einer neuen, von allen Beteiligten getragenen kirchlichen Gemeinschaft wachsen zu lassen. Aspekte einer persönlichen Pastoral, eines verstehenden, einführenden, nach- und mitgehenden Seelsorgens sind signifikant für das Bemühen der Vertriebenenseelsorger – gerade im Kontrast zum eher verwaltungstechnisch denkenden Betreuen durch staatliche Behörden, aber auch durch viele einheimische Seelsorger. In den Vertriebenengemeinden unterstützte er den Aufbau der Pfarrcaritas, in Gemeinden mit einheimischem Klerus hielt er Sondergottesdienste für Vertriebene, hielt Predigten und Vorträge – ebenso organisierte er Arbeitsgemeinschaften. Im Verantwortungsbereich des Diözesanvertriebenenseelsorgers lagen die außerordentlichen Seelsorgeveranstaltungen der Heimatvertriebenen, bei Treffen auf Wallfahrten und Glaubenskundgebungen aber auch mit Vorträgen und Predigten in den Gemeinden. Gegenüber den außerkirchlichen Landsmannschaften versuchte er einen ausgleichenden Einfluss einzubringen, da viele weltliche Vertriebenenorganisationen sich immer wieder sehr radikal gezeigt haben und damit eher niederrissen als aufbauten.

Kirchliche Vertriebenenintegration in der SBZ / DDR konnte sich nicht auf Organisationen und Strukturen für die Vertriebenenseelsorge stützen, wie sie im Westen sehr schnell entstanden sind.¹⁴ Die zusätzlichen Aufgaben waren in erster Linie im Rahmen der Pfarrseelsorge wahrzunehmen, ein Konzept, das zunächst auch im Westen von der einheimischen Kirchenleitung favorisiert worden war – freilich mit dem Unterschied, dass die Diasporasituation in der SBZ für die ordentliche Seelsorge die Neueinrichtung zahlreicher Seelsorgestellen erforderte, die weithin Flüchtlingspfarreien wurden, die stark caritativ und katechetisch ausgerichtet waren. Geistige Heimat wurde in der Kirchengemeinde gesucht; sie war der einzige Ort, wo Herkunftskultur und Brauchtum zumindest partiell bewahrt werden konnten. Religiöse Praxis in den Gemeinden, auf Wallfahrten, religiöses Leben in Familienkreisen (bereits seit den 40er-Jahren) halfen, die gesellschaftlich tabuisierten Vertreibungserfahrungen zu integrieren und eine neue Gemeinschaft und Stabilität zu finden.

Neben der seelsorgerlichen und kulturpolitischen Ebene haben die Impulse der kirchlichen Vertriebenenbetreuung zur Sozialpolitik, vor allem zur Frage der Regelung des Lastenausgleichs,¹⁵ der Wohnraumförderung und der Eigentumsbildung, einen entscheidenden Beitrag geleistet nicht nur zur

In der SBZ erfolgte die kirchliche Vertriebenenbetreuung über ordentliche Pfarrstrukturen.

Schaffung neuer materieller Grundlagen, sondern auch zur Bewusstseinsstabilisierung der Vertriebenen.¹⁶ Wenn sich auch das Grundanliegen des Lastenausgleiches, nämlich die Neuverteilung des Eigentums nicht unmittelbar, sondern weitgehend allein über den wirtschaftlichen Wachstumsprozess erreichen ließ, so kam doch jenes implizite Grundanliegen, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Politik zu rücken, zu einer gewissen Erfüllung.

Verständigung und Versöhnung als kardinale Aufgaben

Ein tragendes Movens und kontinuierliches Ziel der kirchlichen Arbeit in diesem Feld war das Bemühen um Verständigung zwischen den Einheimischen und Vertriebenen in den Aufnahme- und zwischen den neuen Bewohnern in den Herkunftsregionen der Vertriebenen.

In diesem Bemühen steht sicher Paulus Sladek an erster Stelle mit seinem Gebet für die Heimatlosen, das erstmals 1947 bei der Vertriebenenwallfahrt in Altötting gebetet wurde. In diesem Kontext hat auch „das Vaterunser des Flüchtlings“ des früheren Breslauer Spirituals Erich Puzik eine wichtige Rolle gespielt. Beide wollten zuvorderst der Versöhnung dienen, Gewaltpotentiale verhindern.

Sladek setzte sich als ein Hauptideengeber der Vertriebenen-seelsorge für Verständigung und Versöhnung ein.

Eine situationsnahe und pastoral ausgerichtete Deutung und Reflexion der Konsequenzen der Vertreibung findet sich in den frühen Texten bei Paulus Sladek, die vor Rache und Vergeltung warnen.¹⁷ Das Schicksal der Nachkriegsjahre sollen die Vertriebenen als ein Gottesgericht ansehen, als Antwort auf die Schuld, die durch die Deutschen in die Welt gekommen sei. Schließlich verbiete es Christi Forderung zur Feindesliebe, Hass und Rache die Oberhand zu geben. Das schließe freilich nicht die in Sladeks Augen berechnete Forderung nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung aus, ist er doch voll der Hoffnung, dass auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach 1945 einst vor einem internationalen Gerichtshof verhandelt werden.¹⁸

Psychologisch kundig und sehr einfühlsam ergründet Sladek die Wurzeln des Hasses und gekränkten Stolzes durch die Vertreibung. Gott habe auch in der Weisung zur Feindesliebe die Sünde nicht bagatellisiert. Die Christen müssten aber gemäß der Mahnung leben, das Böse durch die Kraft des Guten zu besiegen. Das sei die Grundlage für friedliches Zusammenleben der Menschen im kleinen Bereich wie zwischen den Völkern.¹⁹ „Der Dienst der Versöhnung fordert daher immer einen mit gewaltfreien Mitteln geführten Kampf zugunsten des bedrohten oder verletzten Rechtes anderer gegen

eine ungerechte Politik der Mächtigen, insbesondere die Verteidigung verletzter Menschenrechte.“²⁰

Wahrheit und Gerechtigkeit sind für Sladek die beiden Grundvoraussetzungen für Versöhnung. Wahrheit heißt im Kontext der Vertreibung weder die eigene Schuld zu bagatellisieren noch ein einseitiges positives Bild vom eigenen Volk zu zeichnen, während man das Vertreibervolk vorurteilsbehaftet negativ belegt und mit alten Klischees versieht. Lange Perioden friedlichen Zusammenlebens seien in diese Kollektivbilder selten so prägend eingegangen wie kurze Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen.²¹

Nicht zur Abschottung gegenüber den Völkern des Ostens, sondern zur Vorbereitung einer neuen Begegnung rief Sladek auf. Ziel war ihm der Friede zwischen den Völkern und den Kontinenten, als Weg galt ihm eine höhere Ordnung, zu der sich die freien Völker im Westen zusammenfanden, die gleichzeitig gegen den Osten nicht im Geiste Mauern aufrichten dürfe. „So ist auf uns Vertriebene eine große Verantwortung für den Frieden der Völker gelegt, die weit über uns selbst und das Schicksal der verlorenen Heimat hinaus reicht in die große geistige Auseinandersetzung zwischen Ost und West.“²²

Die Vertriebenen tragen über den „Eisernen Vorhang“ hinweg Verantwortung für den Frieden zwischen den Völkern.

Das bleibende Recht der Vertriebenen auf ihre Heimat, auch im Kontext der christlichen Forderung der Feindesliebe, ist der Grundtenor, den Sladek in die politische Debatte um die Ostverträge der Regierung Brandt / Scheel 1970 bis 1972 einbringt.²³ Gleichzeitig wehrte er sich gegen radikale Positionen der Vertriebenenorganisationen. Er mahnt diese, sich an ihre Verpflichtung, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, zu erinnern und die grundsätzliche Absage an jede Gewalttätigkeit bei der Verfolgung der Ziele einzuhalten. Leidenschaftliche Anklagen des erlittenen Unrechts weckten nur neue Unversöhnlichkeit, Kollektivbeschuldigungen des tschechischen oder polnischen Volkes führten zu tieferer gegenseitiger Abneigung. Nur die wirklich Verantwortlichen seien anzuklagen. Allein der Grundsatz der Wahrheit könne der Versöhnung dienen, nicht Übertreibungen. Erinnerung an vergangenes Unrecht dürfe nicht Versöhnungsbereitschaft zerstören und das Verhältnis von Völkern dauerhaft belasten und zu Feindseligkeiten führen. Notwendig sei es, die Schuldfrage zu versachlichen.

Bezeichnend bleibt, dass gerade den Vertriebenen die Aufgabe zugewiesen wurde, in ihrer Solidarität mit den Menschen im Kommunismus (beide sind sie auf ihre Weise Vertriebene –damit soll auch der Schmerz über den realen Heimatverlust gemildert werden: sie wäre durch die veränderten politischen Umstände auch in der angestammten Heimat verloren) Brückenbauer zu sein, wo möglich Kontakte zu halten und zu helfen.

**Vertriebene sind kirchlich
und gesellschaftlich
Indikatoren und
Katalysatoren anstehen-
der Reformprozesse.**

Vertriebene können in der Kirche als Katalysatoren angesehen werden: Sie haben eine reformbedürftige religiöse Situation bewusstgemacht und die Probleme formuliert. Wahrnehmungen der Unterschiede im religiösen Leben und in der Mentalität, in der Volksfrömmigkeit, im religiösen Brauchtum und im Priesterbild gab es zuhauf. Diese Wahrnehmung barg Potential für Veränderungen. Es schuf Konflikte, die Handlungsbedarf manifestierten. Es genügte nicht der rein verwaltungsmäßige kirchenrechtliche Weg der Eingliederung durch die Wohnsitznahme und das sich Einfügen in die ordentliche Seelsorge. Am deutlichsten wurde der Handlungsdruck in der Eigentumsverteilung und im Wohnungsbau artikuliert und im Umgang mit Vertretern der jeweils anderen Konfession: Die Gemischtkonfessionalität hat nicht nur zum Ausbau von Seelsorgestrukturen, zu einer Veränderung des Gesichts vieler Bistümer, sondern zum gegenseitigen Kennenlernen, zu einem gewissen Maß an Toleranz und zunehmend zu Kooperation geführt.

///

Anmerkungen

- ¹ Vgl. z. B. Voßkamp, Sabine: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945-1972, Stuttgart 2007; Hirschfeld, Michael: Katholisches Milieu und Vertriebene. Eine Fallstudie am Beispiel des Oldenburger Landes 1945-1965, Köln / Weimar / Wien 2002; Bendel, Rainer: Aufbruch aus dem Glauben? Katholikinnen und Katholiken in den gesellschaftlichen Transformationen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, Köln / Weimar / Wien 2003; Bendel, Rainer / Janker, Stephan M. (Hrsg.): Vertriebene Katholiken – Impulse für Umbrüche in Kirche und Gesellschaft?, Münster 2005; für die ev. Kirche vgl. Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972, Bd. I: Kirchen ohne Land, Göttingen 1984; Teuchert, Felix: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945-1972), Göttingen 2018; Teuchert, Felix: Eine protestantische Kultur des Politischen? Die Integration der Ostvertriebenen als politisches Handlungsfeld protestantischer Akteure, in: Christliche Willkommenskultur? Die Integration von Migranten als Handlungsfeld christlicher Akteure nach 1945, hrsg. von Siegfried Hermle, Claudia Lepp und Harry Oelke, Göttingen 2020.
- ² Stickler, Matthias: Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, drei Seiten DIN A4 zugänglich unter <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/charta-der-deutsch>; Ziegler, Walter: Flüchtlinge und Vertriebene, 29 Seiten DIN A4 in: Historisches Lexikon Bayerns, auch zugänglich unter <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Flüchtling>, S. 16, Stand: 15.7.2020; Schwartz, Michael: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/2008, S. 101-151.
- ³ Vgl. dazu Pustejovsky, Otfried: Die „Eichstätter Deklaration“ vom 1. Adventsonntag, dem 27. November 1949. Das erste politische Dokument der deutschen Vertriebenen mit ethisch begründeten und christlich motivierten Zukunftsvorstellungen? Eine historisch-politisch-biographische Analyse, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte, Bd. 68/2010, S. 157-267.
- ⁴ Sladek, Paulus: Not ist Anruf Gottes. Aus Veröffentlichungen, Rundschreiben, Predigten und Briefen. Dokumente zur Geschichte der Vertriebenenenseelsorge. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum, hrsg. von Rudolf Ohlbaum, München 1991, S. 103-107, hier S. 103.
- ⁵ Sladek Paulus studierte Theologie von 1927 bis 1932 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag, war ab 1934 akademischer Prediger an der Salvatorkirche in Prag und zugleich Lehrbeauftragter für Dogmatik an der Prager Universität; nach Münchner Abkommen Unterstützung Kindermanns im Bemühen der Errichtung eines zentralen deutschen Theologenkonvikts; seelsorgerliche Tätigkeiten und Jugendarbeit im Bund Staffelstein machten ihn für die NS-Machthaber

verdächtig, daher freiwillige Meldung zur Wehrmacht, bis April 1945 als Sanitäter tätig, ab 1945 Leiter der Kirchlichen Hilfsstelle München, ab April 1951 Leiter der Katholischen Arbeitsstelle für Heimatvertriebene (Süd); ab 1953/54 Stellvertreter Brauns im Beirat für Vertriebenenfragen beim Bundesvertriebenenministerium; vgl. weiterführend Bendel, Rainer: Pater Paulus Sladek. Menschlich und wissenschaftlich – Impulse der Vertriebenenenseelsorge, in: Sudetenland 45/2003, S. 386-400.

- ⁶ Sladek: Not ist Anruf Gottes, S. 107-109, hier S. 108.
- ⁷ Siehe zur Vita Kallers Bendel, Rainer / Karp, Hans-Jürgen: Bischof: Maximilian Kaller 1880-1947. Seelsorger in den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts, Münster 2017; Dies.: „Jetzt wird das Reich neu gezimmert“. Maximilian Kaller (1880-1947) – Bischof von Ermland 1930-1947, in: Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, hrsg. von Maria Anna Zumholz und Michael Hirschfeld, Münster 2018, S. 107-130.
- ⁸ Erich Puzik (1901-1993) war von 1934 bis 1942 Spiritual am Priesterseminar in Breslau, von 1947 bis 1948 in Königstein und von 1948 bis 1967 in Neuzelle, von 1967 bis 1970 war er Regens des Priesterseminars in Neuzelle, Franz Georg Friemel, Erich Puzik, in: Schlesische Kirche in Lebensbildern, Bd. 7, hrsg. von Michael Hirschfeld, Johannes Gröger und Werner Marschall, Münster 2006, S. 250-256.
- ⁹ „Es muß unter den Katholiken der Gegenwart tief drinnen etwas in Unordnung sein, wenn gläubige Menschen es fertigbringen, lieblos und ungerecht in ihrem praktischen Alltagsleben zu sein, ja unmenschliche Grausamkeiten zu vollbringen und nach einigen Stunden es für ebenso selbstverständlich halten, friedlich in die Kirche zu gehen, feierlich bei Prozessionen und bei kirchlichem Ehrendienst mitzuwirken und andächtig die Heilige Kommunion zu empfangen. Es muß etwas an katholischer Ehrlichkeit zerstört sein, wenn dieselbe Tatsache, wie Güterbeschlagnahme, Enteignung, Landesvertreibung von den einen Katholiken als recht und rechtlich, von den anderen als Verbrechen bezeichnet wird.“ Puzik, Erich: Das Vater unser des Flüchtlings, in: Schicksal Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Dokumente und Selbstzeugnisse vom religiösen, geistigen und kulturellen Ringen, hrsg. von Franz Lorenz, Köln 1980, S. 146.
- ¹⁰ Die Fremde wird zur Heimat. Integration der Vertriebenen in der Diözese Rottenburg, hrsg. von Rainer Bendel, Berlin / Münster 2008, S. 89-119.
- ¹¹ Bendel: Aufbruch aus dem Glauben, S. 88-94; Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene, S. 100-103; Trippen: Die Integration der heimatvertriebenen Priester, S. 272; Sladek: Not ist Anruf Gottes, S. 459-480; ausführlich bei Enders, Ulrich: Die Kirchliche Hilfsstelle München, in: Integration und Neubeginn, Bd. 1, hrsg. von Friedrich Prinz, München 1984, S. 171-186.
- ¹² Zu einem Kristallisationspunkt katholischer Vertriebenenarbeit wurde Königstein im Taunus. Zunächst von Albert Büttner (1900-1967), nach Ränken um dessen Per-

son von Adolf Kindermann übernommen und zielstrebig ausgebaut (Philosophisch-Theologische Hochschule, Priesterseminar, Gymnasium mit Konvikt, Haus der Begegnung). Königstein war „Ersatz“-Wallfahrtsort, Treffpunkt für die Vertriebenenenseelsorger, Ort der Kongresse „Kirche in Not“, Ort der konfessionellen Begegnung mit der orthodoxen bzw. evangelischen Kirche, mehrfach Tagungsort des Katholischen Flüchtlingsrats; ausführlich bei Bendel: Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945-1965. Köln / Weimar / Wien 2003, S. 134-139; Ders.: Hochschule und Priesterseminar Königstein. Ein Beitrag zur Vertriebenenenseelsorge der katholischen Kirche, Köln / Weimar / Wien 2014, S. 172-189, S. 290-306; Ders.: Kirchliche Vergemeinschaftung bei den vertriebenen Sudetendeutschen, in: Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert, hrsg. von Martin Schulze Wessel und Martin Zückert, München 2009, S. 815-874, hier S. 843-850.

- ¹³ Bendel, Rainer: Störung im Milieu. Die kirchliche Betreuung der „Umquartierten“ in Altötting als frühes Experiment der Vertriebenenenseelsorge, in: Kulturarbeit und Kirche. FS Msgr. Dr. Paul Mai zum 70. Geburtstag, hrsg. von Werner Chrobak und Karl Hausberger, Regensburg 2005, S. 267-274.
- ¹⁴ Pilvousek, Josef / Preuß, Elisabeth (Hrsg.): Aufnahme – Integration – Beheimatung. Flüchtlinge, Vertriebene und die „Ankunftsgesellschaft“, Berlin 2009.
- ¹⁵ Kittel, Manfred: Stiefkind des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975), Düsseldorf 2020.
- ¹⁶ Bendel, Rainer: Katholische Soziallehre und der Beitrag katholischer Vertriebener zur Sozialpolitik in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland, in: FS Josef Pilvousek, hrsg. von Torsten Müller, Würzburg 2013, S. 409-426.
- ¹⁷ Sladek, Paulus: Warum nicht Rache und Vergeltung (1948), abgedruckt in Sladek: Not ist Anruf Gottes, S. 321-323; es handelt sich um ein Manuskript für einen Vortrag der Ackermann-Gemeinde 1948.
- ¹⁸ Vgl. auch seine Weihnachtsbotschaft „Weihnachtsfrieden – Völkerfrieden (1955), in Sladek: Not ist Anruf Gottes, S. 324-327.
- ¹⁹ Vgl. Sladek, Paulus: Versöhnung als christliche Aufgabe, in: Um Frieden und Versöhnung. Der Beitrag der katholischen Vertriebenen, hrsg. von Paulus Sladek, München 1974, S. 9-22, hier S. 13.
- ²⁰ Ebd., S. 14.
- ²¹ Ebd., S. 16.
- ²² Sladek: Weihnachtsfrieden, S. 325.
- ²³ Die wichtigsten Texte sind dokumentiert in Sladek: Not ist Anruf Gottes, S. 330-342.

„Wir brauchen die Erinnerung.“



Interview mit Dr. Raimund Paleczek
Vorsitzender des
Sudetendeutschen Instituts

Dr. Raimund Paleczek
ist seit 2009 Vorsitzender des
Sudetendeutschen Instituts e. V. als
Eigentümer des Sudetendeutschen Archivs
sowie seit 2015 Fachreferent und
Archivar für das Sudetendeutsche
Museum in München.





Die Gedenk- und Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen

Die Gedenk- und Erinnerungskultur steht vor neuen Herausforderungen. Die Zeitzeugen verschwinden, aber wie kann die Erinnerung an die historischen Ereignisse wachgehalten werden. Zum Glück gibt es Institutionen, die diese Erinnerung pflegen und an die Nachgeborenen vermitteln. Wir haben dazu Herrn Dr. Raimund Paleczek, dem Vorsitzenden des Sudetendeutschen Instituts in München, einige Fragen gestellt.

BARBARA FÜRBETH: Bevor wir uns über Gedenk- und Erinnerungskultur unterhalten, müssen wir erst einmal die Begriffe klären. Was versteht man darunter? Ist Gedenkkultur dasselbe wie Erinnerungskultur?

■ **RAIMUND PALECZEK:** Da gibt es m. E. schon einen Unterschied. Ich kann dazu nur meine persönliche Meinung äußern. Mit dem Gedenken verbinden wir konkrete Einzelereignisse in der Geschichte oder Persönlichkeiten und deren herausragende Leistungen. Sichtbarster Ausdruck des Gedenkens sind Denkmäler. Die Erinnerungskultur ist breiter angelegt. Bei ihr geht es zwar auch um die Vergegenwärtigung von Vergangenheit, sie bezieht aber wesentlich die persönliche Erinnerung von Zeitzeugen mit ein. Die persönliche Erinnerung wird dabei öffentlich gemacht und in größere Kontexte gestellt. Ausstellungen, Vortragsreihen und andere Formen der Wissensvermittlung sind die Werkzeuge der Erinnerungskultur. Sie ist komplexer als das Gedenken.



Welche Rolle fällt hierbei dem Staat zu?

■ Kulturarbeit wird von Menschen geleistet, die sich häufig in Vereinen ehrenamtlich organisieren. Sie investieren einen großen Teil ihrer Freizeit in die Kulturarbeit. Im idealen Falle wird ehrenamtliches Engagement von hauptamtlichen Kräften unterstützt. Das öffentliche Gemeinwesen sollte ein Interesse haben, dieses Engagement zu fördern. Der Staat kann von diesen Investitionen nur profitieren. Die Gedenk- und die Erinnerungskultur sind längst nicht mehr auf die eigene soziale Gruppe beschränkt, sozusagen als Nabelschau, sondern erfolgen bilateral über Grenzen hinweg. Viele Sudetendeutsche gedenken gemeinsam mit Tschechen guter wie schlechter Tage der gemeinsamen Vergangenheit. Dieses Engagement ist unverzichtbarer Teil europäischer Friedensarbeit und sollte finanziell unterstützt werden. Allerdings ist die zunehmende Bürokratisierung, etwa im Antrags- und Abrechnungsverfahren, keine Hilfe, sondern eher Barrikade.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 15 Millionen Deutsche aus Ostmitteleuropa, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Sie mussten ihre Heimat verlassen und sich mitunter unter schwierigsten Bedingungen in ihrer neuen Heimat wieder neu sammeln und sich zurechtfinden. Aber ihre Traditionen und Kultur haben sie mitgenommen und von Anfang an gepflegt. Wie hat sich denn die Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt? Können Sie uns dazu einige Eckpunkte aufzeigen?

■ Die Vertriebenen standen vor einem inneren Konflikt: Wie konnten sie ihre bisherige Heimat bewahren und zugleich auf die neue Umgebung gestaltenden Einfluss nehmen und sich eine neue Heimat schaffen? Sie haben das überwiegend unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ geschafft. Lange Zeit überwog sicher eine von Nostalgie geprägte Erinnerungskultur. Die gemeinschaftliche Erinnerung führte zu unzähligen heimatkundlichen Publikationen, die Veranstaltungen waren von Vorträgen zur Geschichte, Kunst, Literatur, Musik etc. geprägt. Mit Stolz verwies man auf die Leistungen der Ahnen. Die regionalen und überregionalen Heimattreffen waren das wichtigste Forum der Erinnerung. An ihrer Spitze standen die Sudetendeutschen Tage an Pfingsten, an denen Mitte der 1950er-Jahre jährlich bis zu einer halben Million Menschen zusammenkamen. Heute sind die Sudetendeutschen Tage die größte und unverzichtbare Kontaktbörse im deutsch-tschechischen Kulturaustausch.



Das Sudetendeutsche Institut ist das wissenschaftliche Dokumentationszentrum der Sudetendeutschen. Wie ist das Zentrum aufgebaut und in welchen Bereichen ist es tätig?

■ Das Sudetendeutsche Institut ist eine sehr kleine Einrichtung mit der Rechtsform eines eingetragenen Vereines. Dieser ist der Eigentümer des Sudetendeutschen Archivs, das in seiner physischen Form im Bayerischen Hauptstaatsarchiv betreut wird. 1955 begann der Verein unter Förderung des Freistaates Bayern mit hauptamtlichen Mitarbeitern seine Sammlungs- und Dokumentationstätigkeit. 2007 wurden die Archivalien zur Betreuung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv übergeben, da der Freistaat die institutionelle Förderung einstellte. Heute haben wir fast 2 Kilometer Schriftgut, 100.000 Fotos, 50.000 Bücher und manches andere Archivgut. Im Rahmen seiner Möglichkeiten publiziert das Sudetendeutsche Institut Quellen und Dokumente zur Geschichte der Sudetendeutschen. Schwerpunkt ist mittlerweile die Beratung von Familien- und Heimatforschern.

Die Eröffnung des Sudetendeutschen Museums in der Hochstraße in München, das die Herkunft, Gegenwart und Zukunft der sudetendeutschen Volksgruppe dokumentieren soll, wurde immer wieder verschoben. Kürzlich konnte sie in einem sehr kleinen Rahmen erfolgen. Wird eine größere Einweihungsfeier nachgeholt?

■ Ja, wegen der bekannten Zeitumstände hat Ministerpräsident Söder als Schirmherr der Sudetendeutschen und des Museums die Eröffnung am 12. Oktober in einem leider sehr kleinen Rahmen vorgenommen. Wir freuen uns, dass nach fünf sehr intensiven Arbeitsjahren unser kleines Team, dem ich angehöre, der Öffentlichkeit das Ergebnis präsentieren kann. Aber es ist schon mehr als bedauerlich, dass die Eröffnung praktisch ohne diejenigen, um die es in dem Museum geht, nämlich die Sudetendeutschen, stattgefunden hat. Die Dauerausstellung hat ein größeres Forum verdient. Hoffentlich können wir 2021 dann eine standesgemäße Einweihung nachholen.



Beschreiben Sie uns das Konzept und die Bestandteile des Museums. Was erwartet die Besucher, wenn Sie durch die Eingangspforte schreiten?

■ Die Besucher werden einen modernen Museumsbau vorfinden. Die Dauerausstellung ist auf fünf Ebenen aufgeteilt. Die knappste Zusammenfassung sind die dreimal Eintausend: 1000 Jahre Geschichte in 1000 Exponaten auf 1000 Quadratmetern! Darüber hinaus trifft man auf eine geballte, audiovisuelle Technik. In über 30 Medienstationen können sich die Besucher in die verschiedenen Themen vertiefen. Der rote Faden der Ausstellung ist der Begriff „Heimat“ in verschiedenen Querschnitten: Landesgeschichte, Heimatkunde, Religion, Wirtschaft, Bildung, Sprache, Vereinswesen, Organisationsformen, sudetendeutsch-tschechische Partnerschaftsarbeit. Selbstverständlich ist der Vertreibung ein besonderer Raum gewidmet.

Die Museumsdidaktik und Museumspädagogik haben mittlerweile große Fortschritte gemacht. Nur Erklärungen mit Hilfe von Schautafeln werden die Besucher bald ermüden. Wie schaffen Sie es, die Besucher bis zum Schluss für Ihre Ausstellung zu begeistern?

■ Wir haben eine exemplarische Auswahl der Objekte vorgenommen, die durch interaktive Medien ergänzt werden. Dabei kommt auch der spielerische Charakter etwa in einem Sprachquiz nicht zu kurz. Durch die einzelnen Ebenen führt jeweils ein an das präsentierte Thema angepasster Leitfaden. So wird z. B. in einer Ebene der Nationalismus mit seinen Auswüchsen als ursächlich für die Trennung der beiden Sprachnationen – Deutsche und Tschechen – vermittelt. Die Vertreibung wird auf eine ungewöhnliche Weise mit zum Teil auch drastischen Beispielen präsentiert.

**Wollen Sie uns Ihre Lieblingsstücke im Museum verraten?**

■ Es gibt viele Objekte, die mich in besonderer Weise ansprechen. Etwa ein Totenbrett aus dem Böhmerwald, das noch kurz vor der Vertreibung entstanden ist. Oder der Primizkelch des letzten deutschen Weihbischofs von Prag. Auf Vermittlung tschechischer Mitbrüder durfte der Kelch in das Fluchtgepäck, obwohl die Mitnahme von Wertsachen verboten war. Aber besonders berührt mich ein Objekt aus meiner eigenen Familie. Es ist eine blecherne Streichholzdose mit einfachen Gravuren, die mein Großvater 1945/46 mit primitivsten Mitteln während seiner Haft in einem Internierungslager angefertigt hat. Mein Großvater ist nur mit dem, was er am Leib mitführen konnte, aus dem Lager geflohen. Die Dose mit der eingeritzten Häftlingsnummer 3310 war dabei.

Zur Erinnerungskultur gehören neben Museen auch historische Orte und Stätten. Was können derartige Gedenkstätten leisten, was ist das Besondere daran und wo liegen die Grenzen?

■ Gedenkstätten sollen in erster Linie zum Nachdenken anregen. Neben der Vermittlung sachlicher Information sollen Gedenkstätten wie auch Dokumentationszentren einen emotionalen Zugang zur dargebotenen Thematik ermöglichen. Ihre Grenzen liegen in der notwendigen Beschränkung auf thematische Einheiten wie politische Systeme, einzelne Ereignisse oder Personen. Im Mittelpunkt steht die Erklärung inhaltlicher Zusammenhänge unter einem zeitlich abgegrenzten Fokus. Im Unterschied dazu stehen in einem Museum die Exponate im Vordergrund. Das einzelne Exponat gewinnt durch seine eigene Geschichte eine tiefere Bedeutung. Die Geschichte des Exponats wird exemplarisch in den größeren Kontext, den Erzählstrang, eingebaut. Das tun Gedenkstätten zwar auch, aber sie sind thematisch eben enger gefasst.



Das Lager Furth i. Wald war Auffanglager für viele vertriebene Deutsche aus der Tschechoslowakei. Viele wohnten sogar mehrere Jahre im Lager. Deswegen erinnern heute mehrere Orte in Furth i. Wald an dieses historische Ereignis. Können Sie uns mehr dazu erzählen?

■ Furth im Wald war eines von sechs Grenzdurchgangslagern, wie die Auffanglager offiziell bezeichnet wurden. Mit etwa 700.000 durchschleusten Personen war Furth neben Wiesau in der Oberpfalz mit 590.000 durchschleusten Personen aber das größte Lager dieser Art in Bayern. Von Bedeutung waren auch die Lager Hof-Moschendorf und Piding bei Bad Reichenhall. Sie alle verdienen sichtbare Formen des Gedenkens und der öffentlichen Erinnerung. Manches kann dabei leider nicht mehr einbezogen werden. Von Wiesau etwa gibt es nahezu keine Archivalien, weil einige Verantwortliche in den 1970er-Jahren leider unverantwortlich gehandelt und das Material weggeworfen haben. Bis heute kennt man nicht die genaue Zahl aller Menschen in diesen Lagern. Hinter den nackten Zahlen stehen um die zwei Millionen Einzelschicksale.

Wird die Erinnerung an die Ausweisung der Deutschen aus Tschechien auch dort gepflegt und wachgehalten? Wie muss man sich das dort vorstellen? Hier muss man sicherlich mit viel Fingerspitzengefühl vorgehen.

■ Die Vertreibung der Sudetendeutschen rückt bei unseren Nachbarn erfreulicherweise zunehmend in das öffentliche Bewusstsein. Es gibt schon seit den 1990er-Jahren eine Vielzahl von Publikationen, Seminaren, Gedenkveranstaltungen und grenzüberschreitendes partnerschaftliches Engagement in dieser Frage. Wichtig dabei scheint mir, dass auch in Tschechien das Bewusstsein dafür wächst, dass die Sudetendeutschen integraler Bestandteil ihrer eigenen Geschichte sind und nicht etwas Fremdes nach der Lesart: „Die Deutschen wurden ins Land gerufen, waren ein paar Jahrhunderte da, und dann sind sie selbst verschuldet rausgeflogen.“ Diese Haltung hat zwar in der Bevölkerung noch eine Mehrheit, aber sie nimmt ab. In Aussig (Ústí nad Labem) wird bald ein Museum eröffnet, das die deutsche Vergangenheit der böhmischen Länder als integrativen Bestandteil der tschechischen Geschichte präsentiert und nicht als Beiwerk. Erinnerungs- und Gedenkarbeit fängt bei einem selbst an. Nach diesem ersten persönlichen Schritt sollten die weiteren Schritte bilateral erfolgen. Also kein pädagogischer Zeigefinger, sondern das gemeinsame Suchen des gemeinsam Verlorenen.



Ihr Name klingt so, als ob Ihre Eltern oder Großeltern aus Mitteleuropa kommen. Mussten sie auch ihre Heimat verlassen?

■ Mein Familienname ist tschechischer Herkunft. Vor 200 Jahren wurde die Familie deutsch, weil sie in die deutschsprachige Umgebung des Böhmerwaldes kam. Aber auch innerhalb meiner Familie ging es sprachlich national einige Male hin und her. Erst beginnend mit dem Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts haben sich die böhmischen, mährischen und schlesischen Landeskinder zunehmend voneinander abgegrenzt und Parallelgesellschaften gebildet. Damit haben beide Seiten ihre Wurzeln gekappt und sich kulturell ärmer gemacht. Ja, auch meine Eltern und Großeltern wurden aus ihrer Heimat Böhmen und Mähren vertrieben, wie die Geschichte der oben erwähnten Streichholzdose meines Großvaters bezeugt.

Haben Ihre Eltern mit Ihnen von Anfang an über ihre Erlebnisse gesprochen und setzt man sich in Ihrer Familie mit dieser Thematik auseinander? Ich frage deshalb, weil in meiner Familie das Thema lange Zeit ein Tabu war. Mein Vater, heute 91 Jahre alt, wurde aus Eger vertrieben und erst in den letzten Jahren reden wir darüber. Er erzählt mir, dass er früher immer der „Flüchtling“ war. Das nagte sehr an ihm und er wollte über seine Wurzeln nicht sprechen, auch weil er sich geschämt hat.

■ Ich hatte das Glück, dass die Mutter meiner Mutter bei uns gelebt hat, viel erzählt hat und bei geistiger Frische 101 Jahre alt wurde. Auch bei den Großeltern aus dem Böhmerwald gab es eine rege Erzählkultur. Aufgewachsen bin ich im Rheinland mit dem Genuss einer nahezu ausschließlich böhmischen Küche. Ich kann dankbar sagen, dass zu Hause über die Heimat und die Vertreibungserlebnisse nicht geschwiegen wurde. Lediglich von den Erlebnissen des Großvaters im Lager erfuhren wir erst nach seinem Tod. Er hatte sie sich ein halbes Jahr zuvor von der Seele geschrieben. Auch die Eltern haben mit ihren Erlebnissen bei der Vertreibung – da waren sie 11 bzw. 15 Jahre alt – nicht hinterm Berg gehalten. Auf ihre Wurzeln war meine Familie immer stolz, und ich bin es auch.

///

Die Fragen stellte Barbara Fürbeth, Redaktionsleiterin des Referats „Publikationen“, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Helmut Hahn

ist Vüährstäiha (1. Vorstand) der Eghalanda Gmoi z' Geretsried e.V. und 1. Vorstand des Fördervereins Geretsrieder Heimatmuseum e.V., außerdem spielt er als Tubist bei der Gartenberger Bunker Blasmusik. Seine Eltern sind beide Heimatvertriebene, der Vater stammte aus Sittmesgrün im Egerland, die Mutter aus Pusztavám in Ungarn.

/// Der Vertriebenenverband aus Egerland – eine starke Gemeinschaft

Wir Eghalanda Gmoi z' Geretsried e.V.

Die Eghalanda Gmoi (Egerländer Gemeinde) z' Geretsried wurde im Jahr 1951 gegründet und zählt zu den ältesten und immer noch aktivsten Vereinen im Geretsrieder Kulturleben. Die Vertriebenen fanden in Geretsried eine neue Heimat, wo sie liebevoll ihr altes Brauchtum pflegen und ihre Mundart aufrechterhalten, um sie von Generation zu Generation weiterzugeben.

Das Egerland liegt heute größtenteils im Westen der Tschechischen Republik und zu einem kleinen Teil im Nordosten Bayerns rund um die Stadt Marktredwitz. Bei der Auflösung der Donaumonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges wurde das Egerland 1918/19 Teil der Tschechoslowakischen Republik. Nach dem Münchner Abkommen 1938 wurde es Bestandteil des Deutschen Reichs. Es war bis 1945 zu mehr als 90 % von Deutschen bewohnt, von denen die meisten enteignet und vertrieben wurden. Weitere bekannte Städte im Egerland sind die Bäder Karlsbad, Marienbad und Franzensbad, ein wichtiges kulturelles Zentrum ist das Kloster Tepl.

Das Egerland war bis 1945 zu mehr als 90 % von Deutschen bewohnt.

Von der Gründungszeit bis heute

Der 7. April 1946, an dem die ersten Egerländer aus Graslitz, eingepfercht in Viehwaggonen, auf dem Industriegleis neben dem heutigen Rathaus ankamen, gilt gemeinhin als Geburtsstunde des Gemeinwesens Geretsried. Und nachdem die Egerländer schon immer in der Fremde zusammengefunden haben, um ihre Traditionen und ihre Eigenart zu pflegen (die ersten Egerländer Gmoin wurden schon kurz nach 1900 gegründet, z. B. in Brück, München und Linz,) wurde mit den im gleichen Jahr angekommenen Tachauern sowie aus der Umgebung von Karlsbad stammenden Vertriebenen bereits im Barackenlager eine Sing-, Spiel- und Tanzgruppe unter Rektor Karl Kugler gegründet. Aus dieser ging nach der Gemeindegründung neben der Chorvereinigung und dem Musikverein eben auch unsere Gmoi hervor.



Noch immer wird bei den Egerländern gerne musiziert.
Die Kapelle „Gartenberger Bunkerblasmusik“ existiert seit 1992.

Bereits früh begannen unsere Vereinsgründer Kontakte mit anderen Ortsvereinen im Bund der Egerländer Gmoin zu knüpfen und die gemeinsamen Ziele – nämlich den Erhalt der Egerländer Kultur in Lied, Tanz und Musik – voranzutreiben. Heute bestehen immer noch engere Kontakte mit den Gmoin in München, Ingolstadt, Stuttgart, Braunfels, Offenbach und Herborn. Es gibt auch Egerländer Gmoin weltweit, z. B. in Puhoi, Neuseeland, die „Puhoi Bohemian Dancers,“ mit denen loser Kontakt vor allem aus der Stuttgarter Gruppe besteht. Auch in Amerika sind noch einige Nachkommen Egerländer Auswanderer aktiv, so hat uns z. B. vor zwei Jahren eine Abordnung der Egerländer Gmoi Chicago auf einer Europareise an unserem Stand am Christkindlmarkt besucht, um den „Bahschnitz“ (Erklärung siehe weiter unten) zu probieren.

Eine erste Kindergruppe entstand in den 50er-Jahren, aus der Anfang der 70er-Jahre die heute noch bestehende Egerland Jugend Geretsried hervorging, zurzeit aktiv mit einer Kinder- und Schülergruppe und einer Gruppe der Jungen Generation. Eine wesentliche Bereicherung war die Eingliederung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Spätaussiedler aus der damaligen Tschechoslowakei, die in dieser Zeit in großer Zahl nach Geretsried kamen.

Auf eine Initiative meines Vaters Hans Hahn haben die Egerländer Ende der 60er-Jahre aus den wenigen geretteten Habseligkeiten eine Heimatstube zusammengetragen unter dem Namen „Archiv und Museum Bayerischer Nordgau, Egerland und Westböhmen“ und zur Stadterhebung im Jahre 1970 eröffnet. 1980 wurde diese Sammlung erweitert und im Dachgeschoß des Rathauses als Heimatmuseum Geretsried neu eröffnet, dort auch mit Abteilungen der Donauschwaben, der Siebenbürger Sachsen und der Schlesier. Inzwischen hat die Stadt Geretsried die Sammlungen um eine Abteilung „Munitionsfabriken im Wolfratshauser Forst“ erweitert und in einem der ehemaligen Ingenieurshäuser der Munitionsfabrik, gestaltet von der renommierten Firma „Die Werft“, als Museum der Stadt Geretsried neu eröffnet.

**Die Heimatstube wurde
erweitert und 1980
als Heimatmuseum
Geretsried neu eröffnet.**

Aber auch über die Landesgrenzen hinweg hat man sich engagiert und mit anderen Egerländer Gmoin bereits 1960 eine Patenschaft über das Ahrntal in Südtirol übernommen. Nachdem man selbst wieder einigermaßen situiert war, hat man versucht, der damals noch ärmeren Bevölkerung Südtirols unter die Arme zu greifen.

Diese Freundschaft hält bis zum heutigen Tag, und wir sind mindestens einmal jährlich zum Wandern oder Skifahren in Steinhaus im Ahrntal. Viele Traditionen, die wir aus dem heutigen Jahreslauf kennen, sind bereits bei oder vor der Vereinsgründung begangen worden.

Aktivitäten aus unserer Gemeinschaft

Die „Egerländer Fosnat“ hat sich zu einem „Weiberfaschingsball“ und einem Maskenball am Faschingssamstag gewandelt, was der Feierfreude aber wahrlich keinen Abbruch tut. Auch beim Faschingstreiben am Faschingsdienstag sind wir mit einem Stand von Anfang an dabei.

Die „Ratschenbaum“, die bereits 1947 im Rathaus die an den Ostertagen schweigenden Kirchenglocken ersetzt haben, gehen inzwischen als Ratschenkinder (auch die Mädchen machen mit) am Karfreitag und Samstag dreimal täglich durch den Ortsteil Gartenberg, um an das bevorstehende Osterfest zu erinnern.

Der 1. Mai wird bei Tanz und Musik mit dem Aufstellen eines Maibaums gefeiert.

Bedingt durch die spezielle Corona-Lage 2020 war es in diesem Jahr nicht möglich, den 74. Maibaum nach Egerländer Art aufzustellen. Er wird hoffentlich im nächsten Jahr, wie immer erst am Morgen des 1. Mai, gefällt, geschäpft (entrindet) und mit einer grünen Spitze und einem Kranz mit bunten Bändern geschmückt mit Scherstangen aufgestellt. Seit Jahren unterstützt durch unsere Kameraden der, nach dem Lagerbrand 1949, ebenfalls von Egerländern gegründeten Freiwilligen Feuerwehr Geretsried. Aber auch die Männer der Siebenbürger Sachsen sind seit einigen Jahren mit dabei. Angetanzt wird der Maibaum neben uns von allen Geretsrieder Trachtengruppen: den Deutschen aus Ungarn, den Siebenbürger Sachsen, den Banater Schwaben und der Griechischen Gemeinde, nächstes Jahr voraussichtlich auch von unseren Freunden der Tanzgruppe „La Bourée des Volcans“ aus Chamalieres.

Auch die Sonnwendfeier auf der Böhmwiese wird seit jeher von den Egerländern organisiert und durchgeführt. Immer schon der alten Tradition folgend, gemeinsam mit Abordnungen der Freiwilligen Feuerwehr und aller Trachtengruppen, die begleitet von einem Feuerspruch einen Kranz in die Flammen werfen. Inzwischen hat es sich zu einem entspannten Fest für die ganze Familie entwickelt – romantisch bei Musik und Feuerschein. Die Teilnahme am traditionellen Sommerfestzug ist für uns genauso Vergnügen wie Pflicht, was auch für die Teilnahme am Volkstrauertag gilt, zwischen- drin marschieren wir beim Oktoberfestzug mit und tanzen auf der „Oidn Wiesen“.



Beim Tanz in den Mai schwingen die Röcke und klappern die Schuhe.

Die Weihnachtszeit läuten wir seit letztem Jahr mit der Veranstaltung „Ein Jahr in Tracht“ ein, bei der wir jeweils mit einem befreundeten Verein unseren Mitmenschen die Vielfalt der Geretsrieder Trachten- und Kulturlandschaften näherbringen wollen. Beim Geretsrieder Christkindlmarkt sind wir seit dem zweiten Markt vor über 40 Jahren dabei und mit unserem „Bahschnitz“, einem auf der heißen Ofenplatte gerösteten Brot mit Knoblauch und selbst ausgelassenem Schweineschmalz, nicht mehr wegzudenken. Da war es für uns auch keine Frage, einen Teil der Versorgung während des Kulturherbstes zu übernehmen und so gab es neben „Bachana Kniadla“ (Reibadatschi) mit Lachs oder Apfelmus und verschiedenen Brotzeiten Original „Eghara Braunschweigha mit Kraut“. Der Becherbitter zur Verdauung durfte da natürlich auch nicht fehlen.

Internationale Partnerschaften

Die internationalen Beziehungen Geretsrieds wie zu Eidsvoll (Norwegen), Chamalieres (Frankreich), Nickelsdorf (Österreich) und Pusztavám (Ungarn) sind von den Egerländern begonnen, mitgestaltet oder zumindest besucht worden. So waren wir mit der Jugendgruppe 1982 gemeinsam mit dem Geretsrieder Jugendblasorchester quasi als „Vorhut“ in Chamalieres, bereits ein Jahr, bevor die Partnerschaftsurkunde unterzeichnet wurde.

Eine besondere Verbindung haben wir zur norwegischen Stadt Eidsvoll, nördlich von Oslo gelegen. Ein Geretsrieder Egerländer hatte nach Norwegen geheiratet und wurde von einem Kollegen gefragt, ob er nicht eine Anlaufstelle für einen Ausflug des Schulorchesters „Vilberg Skolekorps“ in Bayern wüsste. Der damalige Bürgermeister Heinz Schneider hat die Kapelle daraufhin kurzerhand eingeladen und sie marschierte bei den Feierlichkeiten zur Geretsrieder Stadterhebung 1970 mit. Seitdem besuchen uns die Norweger alle 5 Jahre und eine Delegation aus Geretsried reist im Jahr darauf in den Norden.



Beim Bundesjugendtreffen 2015 besuchten wir die alte Heimat Marktredwitz.

Wenn man dann die Veranstaltungen der von Roland Hammerschmied geleiteten Gartenberger Bunker Blasmusik, die ebenfalls aus den Reihen der Egerländer Gmoi entstanden ist, und die jährlichen, überregionalen Veranstaltungen wie den Sudetendeutschen Tag oder das Bundestreffen der Egerland Jugend dazu nimmt, kann man die Zahl der Einsätze jedes Jahr erahnen. Natürlich ist das alles nur in einer starken Gemeinschaft möglich, die auch ohne Tracht beim Ski- oder Radfahren, beim Wellness oder einem Städte-trip ihren Spaß hat.

///

Neugierig geworden?

Die Mitgliedschaft ist selbstverständlich auch für „Nicht-Egerländer“ möglich. Probenabend ist jeden Dienstag im Saal des TUS Vereinsheims in der Jahnstraße. Kinder- und Schülergruppe ab 16:45 Uhr, Chor und Erwachsenentanzgruppe ab 20:00 Uhr. Oder Sie besuchen uns auf einer der genannten Veranstaltungen.

Termine auf der Homepage

www.Egerlaender-Geretsried.de



Sylvia Stierstorfer, MdL

ist Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung
für Aussiedler und Vertriebene in München.

/// Warum das Schicksal der Vertriebenen in den Unterricht gehört

Kein Thema von gestern

Wie sind wir geworden, wer wir heute sind? Kaum ein anderes Ereignis hat darauf so großen Einfluss gehabt wie die Vertreibung von Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie hat die Geschichte unzähliger Familien neu geschrieben und das Gesicht Bayerns nachhaltig verändert. Deshalb sollte jeder darüber Bescheid wissen. Und darum gehört das Thema künftig verbindlich in den Schulunterricht.

Wendepunkte der Geschichte

Die deutsche Geschichte ist reich an historischen Wendepunkten und Ereignissen weltweiter Bedeutung und Ausstrahlung. Das wichtigste dieser Ereignisse stellt zweifellos der weltgeschichtlich einmalige Zivilisationsbruch des von den Nationalsozialisten entfesselten Vernichtungskrieges und Völkermordes dar, der im Holocaust seinen fürchterlichen Höhepunkt erreichte. Entsprechend nimmt diese Zeit einen maßgeblichen Platz in der Erinnerungs- und Gedenkkultur unseres Landes und damit auch im Schulunterricht ein. Aber auch Wendepunkte wie die Völkerwanderung und der Dreißigjährige Krieg und ideengeschichtlich prägende Persönlichkeiten wie Martin Luther und Karl Marx haben weit über die Grenzen des deutschen Sprach- und Kulturraums hinaus nachhaltige Wirkungen entfaltet.

All diese Themen spielen eine wichtige Rolle im Unterricht an unseren Schulen – zuvorderst im Fach Geschichte, vielfach aber auch in anderen Fächern. Das ist richtig so, weil diese Ereignisse und Persönlichkeiten die Identität unserer Gesellschaft stark beeinflusst haben. Dagegen scheint eine andere wegweisende Entwicklung unserer jüngeren Geschichte in der

Die deutsche Geschichte ist geprägt von historischen Wendepunkten.

Wahrnehmung und Erinnerung der Menschen zunehmend zu verblassen. Obwohl gerade einmal 75 Jahre seit der Vertreibung von bis zu 14 Mio. Deutschen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa vergangen sind und nach wie vor Zeitzeugen darüber berichten können, wissen die Menschen in unserem Land nicht mehr viel über die damaligen Ereignisse, über die Heimat der Menschen, die seinerzeit oder in den Jahrzehnten danach als Aussiedler zu uns kamen, und über das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa.

Vertreibung – kein Thema für junge Leute?

Das Thema scheint uns einfach kaum mehr bewusst zu sein. Ein Beispiel: Im Frühjahr 2020 erschien die Ausgabe 81 des für Kinder gedachten Wissensmagazins „Geolino Extra“ zum Thema „75 Jahre Kriegsende“. In der 90 Seiten starken – und ansonsten ganz hervorragend gemachten – Zeitschrift fand sich in der Vielzahl redaktioneller Beiträge zu den verschiedensten Aspekten des Themas gerade mal ein Satz zur Vertreibung. Dort war zu lesen: „Mindestens zwölf Millionen Deutsche flüchten oder werden gewaltsam [...] vertrieben“, wobei auch nur von den Deutschen aus den Ostgebieten die Rede ist. Jene aus dem Sudetenland und den übrigen deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Südosteuropa werden nicht erwähnt. Dabei dürften viele der Kinder, die das Heft lesen, Groß- oder Urgroßeltern haben, die selbst als Kinder aus dem Osten vertrieben worden waren. An diesem Beispiel zeigt sich für mich, wie wenig Vertreibung, Schicksal und Herkunft der Vertriebenen und Aussiedler doch in unserem kollektiven Gedächtnis verankert sind.

**Flucht und Vertreibung
ist immer noch
ein aktuelles Thema.**

Dabei ist das Thema nicht nur aus historischer Perspektive interessant. Dass Flucht und Vertreibung auch heute noch relevant sind, erfahren viele Kinder fast täglich auf dem Schulhof. Denn dort begegnen sie Altersgenossen, die erst vor kurzem ähnliche Erfahrungen gemacht haben wie viele Deutsche vor einem Dreivierteljahrhundert. Vor fünf Jahren kamen innerhalb nur weniger Monate fast eine Million Flüchtlinge und Migranten aus der arabischen Welt, Mittelasien und Afrika nach Deutschland. Unter ihnen waren auch viele Kinder und Jugendliche. Noch während sie in den Schulbetrieb eingegliedert wurden, lernten ihre deutschen Altersgenossen anhand der Schicksale und Lebensläufe ihrer neuen Klassenkameraden ein Phänomen kennen, das ihnen neu und unbekannt war. Dabei liegen Flucht und Vertreibung auch in Deutschland gar nicht so lange zurück, gehören bei uns zur Geschichte unzähliger Familien und zur jüngeren Historie Bayerns. In unserem gegenwärtigen „Zeitalter der unfreiwilligen Wanderungen“ ist diese Geschichte aktueller denn je.

Das Gedenkjahr 2020 als Impulsgeber

Deshalb gehören Flucht und Vertreibung nach 1945 aus meiner Sicht als obligatorischer Lehrinhalt in den Unterricht. Dabei ist mir bewusst, dass es nicht leicht ist, dieses Thema jungen Menschen zeitgemäß nahezubringen und ihr Interesse dafür zu wecken. Dankenswerterweise hat die Staatsregierung den 75. Jahrestag der Vertreibung zum Anlass genommen, hier neue Impulse zu setzen. So erhält das Haus der Bayerischen Geschichte eine sechsstellige Summe für ein dreiteiliges Projekt zum Thema Flucht und Vertreibung, das zum einen Schulprojekte zur „Spurensuche“ umfasst, die auch anderen Schulen auf der Plattform Mebis zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen wird die Geschichte der Betroffenen mit Zeitzeugenberichten aufbereitet, die auf dem Zeitzeugenportal des Hauses der Bayerischen Geschichte online gestellt und auch im Rahmen der eigens konzipierten Ausstellung „Neuanfänge“ der Bavariathek präsentiert werden. Die Inhalte der Ausstellung werden anschließend gleichfalls für die Online-Nutzung angepasst.

Dabei geht es aber nicht nur um die Auseinandersetzung mit den Erlebnissen der Zeitzeugen, sondern auch, wie sie mit ihrem Schicksal umgegangen sind. Wer weiß heute noch um die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen schon wenige Jahre nach Kriegsende? Vielmehr wurde, über Jahrzehnte hinweg, immer wieder das Klischee der „Revanchisten“ und „Ewiggestrigen“ gepflegt, wenn es um die Vertriebenen ging. Um das zu korrigieren und die Leistungen der Vertriebenen zu würdigen, hat der Bayerische Landtag am 9. Juli 2020 auf Antrag der Regierungsfractionen beschlossen, den 70. Jahrestag der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen, in der diese sich nur fünf Jahre nach Kriegsende zum Verzicht auf Rache und zu einem Leben in ihrer neuen Heimat bekannten, „zum Anlass zu nehmen, um an den Schulen in Bayern auch jenseits des unmittelbaren Gedenkens auf eine intensive Behandlung der Nachkriegszeit hinzuwirken, z. B. durch Projekt-tage, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche oder einen Schülerwettbewerb. Dabei sollen gerade auch die Themen Flucht und Vertreibung, die Aussöhnung der Völker nach 1945 sowie die Charta [...] als eine der Grundlagen des Verständigungsprozesses in Europa und damit der europäischen Integration seit 1950 einen angemessenen Stellenwert erhalten“. Denn nur, wenn man sich damit befasst, lässt sich begreifen, dass die Vertriebenen zu den Europäern der ersten Stunde gehörten.

Das Thema gehört als verbindlicher Lehrinhalt in den Schulunterricht.

Ein epochaler gesellschaftlicher Umbruch

Der Freistaat hat mithin schon viel getan, um dieses Thema im Unterricht an unseren Schulen zu verankern. Doch wir sollten es nicht dabei belassen. Aber warum eigentlich? Gibt es nicht auch viele andere wichtige Wegmarken in der deutschen und europäischen Geschichte, mit denen sich unsere jungen Leute befassen sollten? Ist das nicht ein Ereignis unter vielen, und sind nicht die Lehrpläne in Geschichte und Politik umfangreich genug? Was also unterscheidet die Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung und dem deutschen Kulturerbe im östlichen Europa von anderen Themen und warum ist es unerlässlich, sich so viele Jahre nach Kriegsende intensiver damit zu beschäftigen? Kurz, warum sollte kein Schüler die Schule verlassen, ohne davon gehört zu haben?

Bei der Vertreibung nach 1945 ging es nicht einfach nur um Grenzverschiebungen.

Die Vertreibung war ein einschneidendes Ereignis der deutschen Geschichte. Es ging damals nicht einfach um Grenzverschiebungen, wie nach vielen vorhergehenden Kriegen und anschließenden Friedensschlüssen. Nein, es handelte sich dabei um die größte unfreiwillige Völkerwanderung im Europa der Neuzeit. Historische deutsche Landschaften wie Schlesien, Pommern und Ostpreußen gibt es nicht mehr. Nach Jahrhunderten endete die deutsche Geschichte in Böhmen und Mähren. Nachdem die Deutschbalten schon im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 ihre Heimat hatten verlassen müssen, folgten ihnen nach 1945 die Deutschen aus Vorkriegspolen, die Karpattendeutschen, die Donauschwaben, ein größerer Teil der Ungarndeutschen sowie kleinere deutsche Volksgruppen aus Jugoslawien und Rumänien. Für viele Russlanddeutsche, Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben führte der Weg dagegen nicht nach Westen, sondern vielfach zu Deportation und Zwangsarbeit noch weiter in den Osten. Ihr Leiden war nicht geringer als das der Vertriebenen.

Der Verlust ihrer Heimat hatte zur Folge, dass die Betroffenen ein neues Zuhause finden mussten. Ganze Regionen in West- und in Mitteldeutschland veränderten dadurch ihr Erscheinungsbild. Fremde Dialekte, andere Konfessionen kamen ins Land. Die Leistung sowohl der aufnehmenden Gesellschaft als auch der Vertriebenen bei deren erfolgreichen Eingliederung kann angesichts des Ausmaßes der Kriegszerstörungen und der gewaltigen Zahl der Neuankömmlinge gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Damals erlebten die Menschen die größte demographische Umwälzung in der jüngeren Geschichte Europas. Gerade Bayern wurde dadurch ein anderes Land. Die sich über das ganze Land verteilenden Sudetendeutschen stellen seither den „Vierten Stamm“ und auch viele Deutsche aus Schlesien und den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa errichteten sich hier ein neues Zuhause. Während die Vertriebenen entscheidend zum Wiederaufbau und

Wohlstand Bayerns beitrugen und ganze Regionen und Industriezweige dank ihres Einsatzes einen Modernisierungsschub erfuhren, fanden auch ihre Traditionen und Bräuche Eingang ins kulturelle Leben der Einheimischen. Als Neubürger haben sie unser Land enorm bereichert.

Brückenbauer in und nach Europa

Damit war die Geschichte aber noch lange nicht zu Ende. Nach der Wende 1989 machten sich noch einmal Millionen deutsche Landsleute aus der zerfallenden Sowjetunion, Rumänien und Polen auf den Weg nach Deutschland. Gleichzeitig öffnete sich die alte Heimat der Vertriebenen und Spätaussiedler nach Jahrzehnten erzwungener Isolation dem Westen. Verbunden war dies mit einer verstärkten Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, mit der Geschichte von Regionen, die vielen Deutschen ebenso Heimat gewesen waren wie sie auch die Heimat von Polen, Tschechen, Ungarn, Slowaken, Serben oder Rumänen waren oder geworden sind. Große Teile Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas haben auch eine deutsche Geschichte und Kultur, ohne dass dies heute Anlass zu Konflikten geben würde. Vielmehr verbindet uns Deutsche die alte Heimat vieler Landsleute mit den Nachbarn im östlichen Europa – und dieser Bezug erleichtert und fördert die europäische Einigung. Die Vertriebenen und Aussiedler sind Brückenbauer nach Osten.

Durch die gemeinsame Geschichte, dank jahrhundertealter kultureller und historischer Bindungen, hat Deutschland ein besonderes Verhältnis zu den Völkern und Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Das betrifft die baltischen Länder nicht weniger als Polen, Ungarn und Rumänien, Tschechien und die Slowakei genauso wie Serbien, Kroatien und Slowenien und in ganz eigener Weise auch Russland und einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Der Vergleich mag hinken, aber so wie einige große westliche Staaten „Sonderbeziehungen“ in die verschiedensten Weltregionen pflegen, haben wir Deutschen eine Verpflichtung den Nachbarn im östlichen Europa gegenüber – auch angesichts der Tatsache, dass Deutschland ihre Geschichte nicht immer zum Guten beeinflusst hat. Heute dagegen eröffnet uns das gemeinsame Kulturerbe hervorragende Zukunftsperspektiven.

Deutschland hat durch seine Geschichte ein besonderes Verhältnis zu den Ländern im östlichen Europa.

**Für viele Bayern
betrifft das Thema die
eigene Familien-
geschichte.**

Familiengeschichte und Teil der eigenen Identität

Dabei geht es aber nicht nur um Zusammenarbeit und Austausch zwischen den Ländern und Völkern, sondern bei vielen Menschen in Bayern ganz konkret auch um die eigene Geschichte, die Familiengeschichte. Mehr als ein Viertel der bayerischen Bevölkerung stammt zumindest von einer Seite her aus einer Familie von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Nicht nur die Angehörigen der „Erlebnisgeneration“, auch ihre Kinder und Enkel haben somit Wurzeln in den ehemaligen Ostgebieten, im Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. Während die einen Rezepte und Bräuche übernahmen, mussten sich andere mit den Traumata auseinandersetzen, die ihre Eltern und Großeltern während und nach der Vertreibung erlitten haben. Vertreibung, Deportation und Aussiedlung prägen nicht nur die, die es selbst erlebt haben, sondern über Generationen hinweg. Die Erfahrung des Heimatverlustes, aber auch das Kulturerbe dieser Heimat sind – ob bewusst oder unbewusst – für jeden vierten Bayern ein Teil seiner Identität.

Umso erstaunlicher ist es, wie wenig davon die Rede ist. Die Vertreibung der Deutschen und ihre Ankunft und Eingliederung in Bayern, die Erinnerung an ihre alte Heimat und auch die Integration von Millionen von Aussiedlern spielt in der gesellschaftlichen Debatte kaum eine Rolle. Diese sind erst in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen, und obwohl viele von ihnen bei der Umsiedlung noch sehr jung oder gar nicht geboren waren, sind sie dennoch den mitgebrachten Traditionen und Bräuchen verhaftet. So leben in Deutschland mit rund vier Millionen Menschen ähnlich viele Aussiedler aus der früheren Sowjetunion, Polen und Rumänien, wie Länder wie Irland, Kroatien oder Norwegen jeweils an Einwohnern zählen. Ich möchte anhand dieses auf den ersten Blick weit hergeholten Vergleichs nur illustrieren, wie wenig wir uns mit unserem ganz nahen Osten beschäftigen, und dass man es sich sehr einfach macht, wenn man Aussiedler und Vertriebene für eine Sache der Vergangenheit, für „Geschichte“, hält.

Der Osten – verdrängt und vergessen?

Besonders ernüchternd finde ich, wie fremd „der Osten“ vielen jungen Menschen und selbst Angehörigen der mittleren Generation mitunter ist. Für viele Deutsche sind die Nachbarländer im östlichen Europa im Wortsinne „böhmische Dörfer“, und die wechselhafte gemeinsame Geschichte von Deutschen und ihren Nachbarn im Osten scheint für sie weiter weg zu sein als das Mittelalter. Es ist erstaunlich, wie sehr auch dreißig Jahre nach der Wende die vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang weiter unseren Blick auf den Osten prägen. Diese Welt war verschlossen und allzu oft bleibt sie das. Ich denke, wir können uns diese Unkenntnis nicht mehr leisten. Sie ist aus politischen und kulturellen Gründen, aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen, fatal. Und sie lässt viele Fragen unbeantwortet, die sich eigentlich jeder Mensch mit Blick auf seine eigenen Wurzeln stellen sollte.

Deshalb, und auch, weil die Menschen, die die Vertreibung noch selbst erlebt haben, immer weniger und damit die Bindungen in den Osten immer schwächer werden, müssen wir dafür Sorge tragen, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät. Denn nur der, der die Geschichte kennt, kann Lehren aus ihr ziehen. Wer sich seiner Wurzeln dagegen nicht bewusst ist, verliert leicht den Boden unter den Füßen. Aus diesem Grund bin ich auch der Überzeugung, dass „Flucht und Vertreibung“ und „Deutsches Kulturerbe im östlichen Europa“ verbindlich und als eigenständiges Thema in den Schulunterricht gehören. Denn sie sind Voraussetzung dafür, die Idee der europäischen Einigung wirklich verstehen zu können. Dieses Thema ist zu wichtig und hat unsere Identität – auch in Bayern – derart stark geprägt, dass kein Schüler unsere Schulen verlassen sollte, ohne in Grundzügen darüber Bescheid zu wissen.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Thematik nicht in Vergessenheit gerät.

Verbindlich statt nur ergänzend

Der Lernstoff zu „Flucht und Vertreibung“ ist im Lehrplan vorgesehen, kommt aber oft zu kurz.

In unseren Lehrplänen ist die Auseinandersetzung mit dem Kriegsende und seinen Folgen fest verankert. Gerade in der gymnasialen Oberstufe wird dieses Thema intensiv behandelt. Dabei sind „Flucht und Vertreibung“ und die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Westdeutschland Teil dieses größeren Themenkomplexes, wobei zu befürchten ist, dass angesichts der Fülle des Lernstoffs in Geschichte und allen anderen Fächern manches „hinten herunterzufallen“ droht. So ist es leider nicht ausgeschlossen, dass Flucht und Vertreibung zu den Themen gehören, die im Ergebnis nur am Rande oder rudimentär behandelt werden, weil sie nicht immer als zwingend und unverzichtbar empfunden werden.

Natürlich befassen sich zahlreiche Lehrer intensiv und in anschaulicher Weise mit dem Thema. Sie laden Zeitzeugen ein, befragen die Schüler nach ihrer Familiengeschichte und zuweilen – wenn auch selten – führt eine Klassenfahrt nicht nach Paris, Florenz oder Edinburgh, sondern nach Prag oder Krakau. Solche Fahrten und auch Austauschprogramme sind jedenfalls ein wichtiger Beitrag dazu, Geschichte wirklich zum Leben zu erwecken. Um das zu befördern, gilt es, die Auseinandersetzung mit der Kultur im östlichen Europa und der gemeinsamen Geschichte auch in der Lehrerfortbildung noch stärker zu thematisieren. Zugleich gehören die mit Flucht und Vertreibung verbundenen Ereignisse und Entwicklungsstränge nicht nur in die gymnasiale Oberstufe. Bereits in der Mittelstufe, auch in den entsprechenden Jahrgangsstufen von Realschule und Mittelschule, kann das ein Thema sein, das Kinder und Jugendliche in seinen Bann zu ziehen vermag.

In unserem Nachbarland Hessen, in dem es bereits seit 1999 einen Beauftragten für Vertriebene und Aussiedler gibt, waren Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg 2018 sogar ein Thema der Abiturprüfungen. Hessen zählt mit Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu jenen Ländern, die nach dem Krieg die größte Anzahl an Heimatvertriebenen aufgenommen und in denen sie in den Folgejahren den höchsten Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung gestellt haben. Wir haben also eine ähnliche Geschichte. Für mich bietet sich daher auch ein Austausch unter den Ländern darüber an, wie die Themen Flucht und Vertreibung, die Eingliederung der Vertriebenen und das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa im Lehrstoff verankert und im Unterrichtsalldag nicht zuletzt mit Hilfe der digitalen Medien anschaulich vermittelt werden können.

Unterstützung durch einen Lehrstuhl

Allerdings haben selbst die besten Ideen für Unterrichtsinhalte und Lehrmethoden nur eine begrenzte Wirkung, wenn die Themen „Flucht und Vertreibung“ und „Deutsches Kulturerbe im östlichen Europa“ nicht auch in der wissenschaftlichen Forschung einen breiteren Raum einnehmen. Deshalb braucht es aus meiner Sicht die Kooperation mit den Universitäten. Schon seit längerem werbe ich für die Einrichtung eines entsprechenden Lehrstuhls in Bayern. Auch wenn es bei uns im Freistaat die zweifelsohne reichste Forschungslandschaft in Bezug auf die Geschichte des östlichen Europas – und auch der deutschen Geschichte in dieser Region – gibt, so fehlt doch noch ein Lehrstuhl, der sich ganz spezifisch mit den Vertriebenen und der Geschichte von Flucht und Vertreibung auseinandersetzt.

Damit stünde Bayern auch nicht alleine. Die hessische Landesregierung hat bereits 2018 im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen die Einrichtung eines solchen Lehrstuhls beschlossen. Wie in Bayern war dort ebenfalls die Entwicklung „nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Teilen auch geprägt von der Leistung der Heimatvertriebenen. Um Kultur und Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler wissenschaftlich aufzuarbeiten“, bedürfe es eines Lehrstuhls an einer Universität des Landes. Begleitet werden soll dies von „einer vom Land getragenen Dauerausstellung“. Ich denke, auch für Bayern als dem Land, das sich wie kein anderes seit jeher für die Belange der Heimatvertriebenen und Aussiedler eingesetzt hat, bietet sich dieser Weg an. Denn für eine langfristige Verankerung im gesellschaftlichen Gedächtnis bedarf es des wissenschaftlichen Diskurses und der Neugier junger Menschen. Und dafür sind unsere Hochschulen und die Schulen aller Schulformen genau der richtige Ort.

Die Einrichtung eines entsprechenden Lehrstuhls in Bayern wäre sinnvoll und zeitgemäß.

///



Markus Ferber, MdEP

ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung
in München.

/// Wie die Hanns-Seidel-Stiftung zu Verständigung und Aussöhnung beiträgt

Aus der Charta für Europa lernen

Europa ist ein großes Versöhnungsprojekt. Hiervon zeugt die Geschichte der Heimatvertriebenen. Auch 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges bleibt es unsere zentrale Aufgabe, den Frieden zu sichern und zu fördern. Dauerhaften Frieden gibt es allerdings nicht ohne Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Europa kann nur gelingen, wenn es seinen Grundwerten treu bleibt und aus der Vergangenheit lernt.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“, warnte der italienische Schriftsteller und Auschwitz-Überlebende Primo Levi. Aus der Geschichte lernen kann nur heißen, alles zu tun, um Vergleichbares zu verhindern. Das mahnt auch die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ an. Nur eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ermöglicht eine Zukunft in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.

Nur eine konstruktive Vergangenheitsbewältigung ermöglicht eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

Gedanken zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Wir erinnern uns, damit wir in unserem Bemühen um dauerhaften Frieden nicht nachlassen. Die Vergangenheit hilft uns, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten. Was können wir von der Charta über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Europas lernen?

In **Ziffer 1 der Charta** heißt es: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“

Die Charta hat dem Revanchismus in Europa ein Ende gesetzt und ist das Fundament, auf dem Europa mit sich selbst Frieden schließen konnte. Für die Heimatvertriebenen war es alles andere als leicht, nach dem Leid von Flucht und Vertreibung ganz bewusst den Weg der Versöhnung und der Verständigung zu beschreiten. Ihnen wurde ein Spagat abverlangt: das unendliche Leid nicht zu vergessen, aber dennoch auf Rache und Vergeltung zu verzichten und am Wiederaufbau mitzuwirken. Das verbindende Element war die Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis.

Die Geschichte der Heimatvertriebenen zeigt eindrücklich, dass Menschen fähig sind, einander zu verzeihen und gemeinsam einen neuen Anlauf für eine bessere Welt zu nehmen. Ihre Geschichte lehrt uns, offen zu sein und Brücken zu bauen. Europa ist ein großes Versöhnungsprojekt. Das stimmt mutig und zuversichtlich. Wenn Europa sich seiner Geschichte stellt, seinen Werten treu bleibt und auch weiterhin Brücken baut, dann gelingt Europa.

In **Ziffer 2** steht: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

**Die Heimatvertriebenen
haben das Versöh-
nungsprojekt Europa
mitbegründet.**

Dies war ein großes Plädoyer für Europa. Heute ist es Realität: Wir leben mit den Nachbarländern, mit denen wir damals Krieg geführt haben, in einem friedlichen, freiheitlichen und geeinten Europa. Gibt es ein besseres Vorbild für uns alle? Sollten wir uns alle nicht gerade heute an diese tapferen Männer und Frauen erinnern, die damals völlig im Unklaren darüber waren, was mit ihnen geschehen würde, die sich nur leiten ließen von der Essenz unseres gemeinsamen kulturellen und religiösen Erbes und die erkannt haben, dass wir nur zusammen und nie gegeneinander unsere Zukunft meistern können? Die deutschen Heimatvertriebenen sind damit auch Gründungsväter des Europäischen Geistes, von dem wir bis heute zehren und den wir leider immer mehr gegen Egoismus, Populismus und einen neuen Nationalismus verteidigen müssen, der alles in Frage stellt, was wir als Europäer in den letzten 70 Jahren erreicht haben.

Also erinnern wir uns daran, was uns als Europa, als westliche Wertegemeinschaft ausmacht. Es sind nicht unser Wohlstand und unsere politische oder wirtschaftliche Macht. Es ist noch nicht einmal der Frieden, den wir nun

schon so lange genießen durften. Es sind unsere Überzeugungen, unsere Werte, auf denen all dies erst entstehen kann. Es ist die Fähigkeit zu Versöhnung, Solidarität, Nächstenliebe und Empathie.

Die Charta ist ein beeindruckendes Zeugnis humanitärer Gesinnung und Lernfähigkeit. Nicht Revanchedenken und Bedrücktheit bestimmen die Charta, sondern der Glaube an die Zukunft, an Frieden, Versöhnung und ein vereintes Europa. Die Bedeutung dieser Erklärung kann im Hinblick auf die erfolgreiche Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft und den Prozess der Verständigung mit den Nachbarn im Osten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Heimatvertriebenen waren ihrer Zeit weit voraus, sie haben auf Europa als Lösung gesetzt. Würden heute alle Europäer so denken wie die Vertriebenen 1950, wäre vieles einfacher!

Die Heimatvertriebenen haben bereits 1950 auf Europa als Lösung gesetzt.

Ziffer 3 führt aus: „Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“

Die Integration der rund 10 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen gehört zu den großen sozialpolitischen Leistungen der jungen Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik verdankt ihren ökonomischen Wiederaufstieg in großem Maße der Anpassungs- und Leitungsbereitschaft der Vertriebenen. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass diese in einem zerstörten Nachkriegsdeutschland, wo jeder um sein eigenes Überleben kämpfte, keineswegs mit offenen Armen empfangen wurden. Und dies, obwohl sie Landsleute waren, Deutsch sprachen und aus demselben Kulturkreis stammten. – In Deutschland herrschte blanke Not: Ein Viertel des Wohnraums war zerstört und der Bevölkerung mangelte es an Lebensmitteln, Kleidung und Arbeitsplätzen. Die Einheimischen reagierten daher argwöhnisch bis feindselig auf die „Fremden“: Kaum jemand wollte sein Haus mit ihnen teilen, sie anstellen oder ihre Bräuche kennenlernen. Jedoch verbesserte sich die Situation der Heimatvertriebenen mit dem Wiederaufbau und dem beginnenden Wirtschaftswunder. Ihre Integration wurde zur Erfolgsgeschichte.

Angst und Misstrauen gegenüber dem Fremden gab es zu allen Zeiten. Gründe für Distanz und Ablehnung finden sich immer. Wir erlebten es nach 1945 und wir erleben es heute. Nur wo der Wunsch nach Zusammenwachsen und Einheit größer ist als das Beharren auf eigene Vorrechte und Abgrenzung, da können sich Frieden und Gerechtigkeit entfalten und da kann Neues entstehen.

Zum Erfolg Bayerns haben die rund drei Millionen Heimatvertriebenen mit ihrer Lebenserfahrung und ihren Kenntnissen wesentlich beigetragen. Wider

aller Schwierigkeiten haben sie zusammen mit den Einheimischen die neue Heimat aufgebaut. Nicht umsonst spricht man von den Sudetendeutschen, die in Bayern den Großteil der Heimatvertriebenen ausmachten, von Bayerns „viertem Stamm“. Sie sind zu einem wichtigen Teil der bayerischen Identität geworden, haben unsere Kultur bereichert und Großes entstehen lassen. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung!

**Heimatlose sind
Fremdlinge
auf dieser Erde.**

Eine Passage der Charta berührt besonders: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Diese Passage drückt sehr anschaulich die Gefühlslage von Flüchtlingen und Vertriebenen aus: „Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde“. Jede Vertreibung kostet Leben, vernichtet Besitz, trennt Menschen und beschädigt Seelen. Jeder Mensch, der gezwungen wird, seine Heimat zu verlassen, spürt meist eine lebenslange Wunde, die immer wieder aufbricht. Für viele Deutsche gehören Vertriebenenschicksale zur Familiengeschichte. Wenn Betroffene ihre Geschichte erzählen, wird Heimatverlust als ein tief empfundenes Mitfühlen mit dem Anderen erlebbar. Um aus der Vergangenheit zu lernen, dürfen wir in unserem Erinnern nicht nachlassen. Auch in Zeiten der Globalisierung hat Heimat nichts an Bedeutung verloren. Heimat gibt Halt und Orientierung und ist ein entscheidender Teil der menschlichen Identität.

Zurückblicken heißt natürlich auch, Ursache und Wirkung zu benennen. Ohne den nationalsozialistischen Terror und den von Deutschland begonnenen Krieg wäre es nicht zur Vertreibung der Deutschen gekommen. Unrecht muss als Unrecht benannt werden. Jede Vertreibung und jede ethnische Säuberung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nur wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, können wir die Zukunft besser gestalten. Doch trotz des Leids und des großen Verlusts, den die Vertriebenen erfahren mussten, haben sie früh Versöhnung gesucht und agierten als Brückenbauer zwischen ihrer alten und neuen Heimat. Sie haben sich in beispielloser Weise um Völkerverständigung bemüht und eine stabile Grundlage für Versöhnung und Neuanfang geschaffen.

Die Charta ist heute **aktueller denn je**. Sie endet mit den Worten: „Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche

Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung forderte. Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Das Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen war und ist ein Weltproblem ersten Ranges. Noch nie seit Ende des Zweiten Weltkrieges mussten so viele Menschen ihre Heimat verlassen wie heute: Ende 2019 waren laut UNHCR fast 80 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, darunter u. a. rund 46 Millionen Binnenvertriebene, 26 Millionen Flüchtlinge und über 4 Millionen Asylsuchende. 40 % der Geflüchteten sind Kinder unter 18 Jahren.

Migration ist ein komplexes Phänomen und benötigt differenzierte Antworten hinsichtlich Humanität, Steuerung und Begrenzung. Schon die Flüchtlingskrise 2015 hat die Notwendigkeit einer kohärenten und umfassenden Migrations- und Asylpolitik – sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch gegenüber Drittstaaten – deutlich gemacht. Migrationsfragen sind ein zentraler Aspekt in den außenpolitischen Beziehungen der Europäischen Union zu Drittstaaten, was sich in verstärkten Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitstaaten manifestiert. Diese beinhalten sowohl die Bekämpfung illegaler Migration wie auch die Nutzung der positiven Effekte legaler Migration, die Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik und die Stärkung des Flüchtlingsschutzes.

Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik zeitnah initiiert und umgesetzt werden kann. Eine solche Politik muss der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas ebenso gerecht werden wie einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf finden. Dies kann nur gelingen, wenn sie auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene als eine politische Querschnittsaufgabe angegangen wird. Nur ein zusammenstehendes Europa kann den Herausforderungen im Bereich Migration, Flucht und Asyl gerecht werden.

Die Schlussätze der Charta verpflichten uns auch weiterhin, unseren Beitrag zur Bekämpfung von Flucht- und Vertreibungsursachen zu leisten. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat sich seit 2015 verstärkt zum Ziel gesetzt, mit unterschiedlichsten Projekten das Wissen über das Thema Flucht und Vertreibung zu erhöhen, die Fluchtursachen in den betreffenden Ländern zu bekämpfen sowie die Integration Geflüchteter in Bayern, Deutschland und Europa zu unterstützen. Wir lernen aus der Geschichte und geben nicht nach in unserem Bemühen um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Europa kann die Herausforderungen im Bereich Asyl, Flucht und Migration nur gemeinsam lösen.

Der Beitrag der Hanns-Seidel-Stiftung zu Verständigung und Aussöhnung in Mitteleuropa

Für die Hanns-Seidel-Stiftung ist ihre Arbeit in Mitteleuropa eine wichtige Kernaufgabe, die seit der Wende kontinuierlich fortgesetzt wird. Sie ist ein Baustein der Friedens- und Versöhnungsarbeit der Bundesrepublik Deutschland nach all den Tragödien des 20. Jahrhunderts. Wir führen Menschen zusammen, Jung und Alt, Deutsche wie Tschechen, Slowaken oder Ungarn. Seit rund 30 Jahren arbeiten wir mit unterschiedlichen Programmen an der Völkerverständigung in Europa und dem Zusammenhalt der EU-Mitgliedsstaaten.

Über drei Millionen Menschen wurden aus der damaligen Tschechoslowakei vertrieben.

Ganz Europa war, so schien es nach Ende des Zweiten Weltkriegs unheilbar verletzt worden. Nach dem, was der Kontinent und seine Menschen in den Jahren zuvor erlebt hatten, erschien ein neues Miteinander zwischen den Völkern unvorstellbar. Der von unserem Volk begonnene Zweite Weltkrieg brachte unendliches Leid. Millionen von Menschen starben durch Kriegshandlungen, durch Gewalt und durch Hunger. Oder wurden gar systematisch in deutschen Konzentrationslagern ermordet, bloß weil sie Juden waren oder Sinti und Roma, homosexuell oder aus anderen Gründen nicht in das menschenverachtende Weltbild der Nazis passten. Städte, ja ganze Landstriche waren zerstört. Der 8. Mai 1945 bedeutete das Ende eines fatalen Irrweges. Und wie es der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Jahr 1985 formulierte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Doch die Wucht der Rache traf die Besiegten. Besonders die Deutschen, die seit Jahrhunderten ihre Heimat in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa hatten. Alleine aus der damaligen Tschechoslowakei mussten über drei Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Tausende kamen dabei ums Leben.

Während einige Vertriebene im Mittelpunkt ihrer Arbeit die Wiedergutmachung und Zurückerlangung von Grund und Boden forderten, warben heimatvertriebene Christen wie die aus der Ackermann-Gemeinde früh für Versöhnung ohne Vorbedingungen und für Integration in die junge Bundesrepublik Deutschland. „Wir wollen Baustein und nicht Sprengstoff sein!“ und „nicht auf gepackten Koffern sitzen bleiben“, waren die eindringlichen Worte von Hans Schütz, der nicht nur der erste Bundesvorsitzende der Ackermann-Gemeinde war, sondern auch als führender CSU-Sozialpolitiker im Bundestag und als Minister der Bayerischen Regierung unermüdlich für die Integration der Vertriebenen wirkte. Aus der Erfahrung der damaligen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen wissen wir heute, was der Verlust von Heimat bedeuten kann und wie sich Heimatlosigkeit anfühlt. Und wir wissen, dass es damals wie heute darauf ankommt, Menschen, die bedürftig

und Schutz suchend ins Land kommen, offen und herzlich zu begegnen und ihnen Solidarität sowie eine echte Chance für Integration zu gewähren.

Es war damals und ist heute wichtig, sich einer selbstkritischen Reflexion der Situation von Flucht, Migration und Vertreibung zu stellen. Man kann es mit den treffenden Worten Romano Guardinis von 1988 sagen: „Europa ist mehr als ein Kontinent. Mehr als eine politische Union und mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Idee, eine Gesinnung.“

In diesem Sinne arbeitet die Hanns-Seidel-Stiftung in Europa: Nach der Wende, in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, zählte neben einer Reihe von unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zur modernen Verwaltungsentwicklung die Unterstützung beim demokratischen Transformationsprozess in die moderne Gesellschafts- und Europapolitik. Dort, wo es jeder Bürger sehen und selbst spüren kann.

In unseren mitteleuropäischen Projektländern Tschechien, Slowakei und Ungarn nahmen in den letzten zwei Jahren allein mehr als 25.000 Menschen an mehr als 500 Veranstaltungen und Begegnungen teil. All diese können so zu Brückenbauern in der Nachbarschaftspolitik Europas werden. Mit unseren Kooperationspartnern in Mitteleuropa bauen wir ein Stück weit Vorurteile und Desinformation ab. Ist doch eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat in unseren Ländern wahrzunehmen, verbunden mit der irrigen Annahme, den Auswirkungen einer immer kleineren und globalisierten Welt mit ihren Rückwirkungen auf unsere Länder so entkommen zu können.

Doch es gilt auch für uns heute: Europa ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung! Mit unserer Arbeit vor Ort helfen wir, die Völkerverständigung zwischen unseren Heimatländern voranzutreiben.

Epilog: Europa braucht uns und wir brauchen Europa

Europa ist durch Weitblick und Mut entstanden. Gerade in Krisen hat sich Europa immer wieder bewährt, hat gemeinsam Lösungen gefunden und sich fortwährend weiterentwickelt. Die europäische Integration ist heute wichtiger denn je, denn Europa trägt weltweit große Verantwortung, um internationale Probleme zu bewältigen und die Herrschaft des Rechts durchzusetzen. Hierfür brauchen wir ein geeintes, rechtsstaatliches, freiheitliches, starkes und handlungsfähiges Europa. Ein zeitgemäßes Europa, das sich von seinen demokratischen Werten und christlichen Wurzeln leiten lässt. Ein Europa, das für Menschenrechte, Solidarität, Toleranz und Nachhaltigkeit steht.

Wir brauchen ein geeintes, starkes, freiheitliches und handlungsfähiges Europa.

**Europa gelingt,
wenn wir aus der
Vergangenheit lernen
und gemeinsam
mutig voranschreiten.**

In einer sich rasch verändernden Welt geht es für uns Europäer nur gemeinsam. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen und dürfen nicht zulassen, dass Nationalismen, Misstrauen und Hass wiederbelebt werden. Wir müssen die kostbare Errungenschaft des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates bewahren und stärken. Wir haben Europa viel zu verdanken. Europa braucht uns und wir brauchen Europa, denn es ist unser Garant für Frieden und Freiheit, für die Achtung der Menschenrechte, für Wohlstand, Sicherheit und Stabilität. Wir kämpfen daher für ein demokratisches, handlungsfähiges, sicheres und bürgernahes Europa. Für ein Europa, das starke Staatengemeinschaft, erfolgreicher Wirtschaftsraum und globaler Stabilitätsanker ist. Dieses Europa gelingt, wenn wir aus der Vergangenheit lernen und gemeinsam mutig voranschreiten.

///

Weiterführende Literatur

Arbeitsstelle Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Eine Zukunft in Frieden: 60 Jahre nach Kriegsende, Vertreibung und Flucht. Erklärungen – Stellungnahmen – Predigten, Bonn 2005.

Bundesvertriebenengesetz (Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge), <http://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/index.html>, Stand: 17.8.2020.

Charta der deutschen Heimatvertriebenen, <https://www.bund-der-vertriebenen.de/charta>, Stand: 17.8.2020.

Gauger, Jörg-Dieter / Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Zeichen der Menschlichkeit und Willens zur Versöhnung“ – 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin / Berlin 2011.

Genfer Flüchtlingskonvention, https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Stand: 17.8.2020.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 16a, https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_16a.html, Stand: 17.8.2020.

Münch-Heubner, Peter L.: Bayern, Tschechen und Sudetendeutschen: Vom Gegeneinander zum Miteinander, Aktuelle Analysen 63, Hanns-Seidel-Stiftung, München 2015.

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen am 16.3.2010, <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-jahresempfang-des-bundes-der-vertriebenen-398702>, Stand: 17.8.2020.

Rede von Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des ersten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20.06.2015 in Berlin, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.pdf;jsessionid=B12408DD40C02CD9588F28E7ECC485A4.2_cid379?_blob=publicationFile, Stand: 17.8.2020.

Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985, Bonn 1986.

Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.

UNHCR (2019): Global Trends: Forced displacement in 2019, <https://www.unhcr.org/5ee200e37.pdf>, Stand: 17.8.2020.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)
- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-594-6
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Claudia Magg-Frank (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

